Freitag, den 22. Juni 1923 | Einzelnummer 300 Mk. | 34. Jahrgang — Nr. 143

Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr 5, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt, Matthiasstraße 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. Wöchentlich 1050 Mark, monatlich 4500 Mark. Durch die Post 4518 Mark.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206. Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis. Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 165 Mark, auswärts 200 Mark. Anzeigen unter Text 500 Mark, auswärts 600 Mark, Stellenangebote 70 Mark, Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 50 Mark, Kleine Anzeigen pro Wort 10 Mark, das fette Wort 15 Mark. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Eine Breslauer Löbe-Rede

zur 50 Jahrfeier unserer Parteifahne.

Bis auf den letzten Platz gefüllt, auch in den Gängen und auf den Tribünen übervoll, war gestern der große Saal des Gewerkschaftshauses, in dem in dieser schwersten Zeit unsere Genossen und Genossinnen eine Feier begingen, die durch den Rückblick auf 50 Jahre Parteibewegung auch für die schwere Gegenwart und die ungewisse Zukunft Mut und neue Kraft geben konnte. Unsere alte Parteifahne, deren 50jähriges Jubiläum wir feierten, schmückte das Podium, die kleineren roten Fahnen der Distrikte grüßten von den Tribünen. Die Arbeitersänger unter Leitung des Genossen Vogel eröffneten die Feier mit dem Vortrag des in die Zukunft weisenden Liedes „Ich warte dein" und dann begrüßte Genosse Dr. Eckstein für den Parteivorstand die Erschienenen, unter ihnen besonders den Oberpräsidenten, Genossen Zimmer, dessen Stellung als erster Beamter Schlesiens so recht zum Ausdruck brachte, wie die Zeiten sich seit 50 Jahren gewandelt hätten. Und dann trat Paul Löbe ans Rednerpult, der an einem solchen Ehrentag der Breslauer Arbeiterbewegung unter uns nicht fehlen durfte, nie fehlen wird. Löbe, der selber für mehr als zwei Jahrzehnte die Geschichte der Breslauer Arbeiterbewegung in sich verkörpert, auf die wir gestern zurückblickten, sprach vielleicht noch nie so meisterlich wie gestern. In seiner schmucklosen ehrlichen Eindringlichkeit zeichnete er mit ganz knappen aber sicheren Strichen ein Bild unserer hochkritischen Gegenwartslage, verglich es mit der Vergangenheit, mit der lebendig wieder heraufbeschworenen Entwickelungszeit unserer Bewegung, nahm knapp, schonungslos und klar zu den vor uns liegenden politischen Möglichkeiten Stellung, um zum Schluß jedem Einzelnen in der Versammlung ans Tiefste zu rühren, als er den Sinn der sozialistischen Bewegung für den einzelnen Proletarier aufzeigte, der erst durch die Hingabe an die Bewegung sein Dasein mit höchstem Inhalt erfüllen kann, und mit dem Schicksal seiner Klasse das eigene Einzelschicksal zu wenden vermag.

* * *

Der Blick in die Vergangenheit, so führte Löbe aus, werde angesichts der bangen Frage „Was soll werden?" rasch wieder auf die Gegenwart zurückgezwungen. Die Tausende, die noch nie einen Dollar gesehen haben, müssen ja unter dem jetzigen Marksturz und seinen Folgen täglich angstvoll nach der Valutanotierung sehen, da die Katastrophe über uns hängt, wie sie seit August 1914 immer über uns hing, als wir zuerst jahrelang nach dem Ende des Blutbades, dann nach dem endgültigen Frieden, dann nach der Milderung der Gewaltdiktate und ihrer Folgen ausblicken mußten. Nur die unerhörte Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft und noch mehr der Menschen, das zähe Aushalten jetzt der Ruhrkämpfer hat uns bisher vor dem Schlimmsten bewahrt. Aber wie weit ist Deutschland schon gekommen? 680 Milliarden Papiergeld liefen in Deutschland um, als die Regierung Cuno antrat, vor der letzten Markentwickelung waren es bereits 6000 Milliarden. 335 Milliarden betrug beim Antritt der jetzigen Regierung der Fehlbetrag in den Reichsfinanzen, im letzten Ausweis waren es bereits 6180 Milliarden. Die Wirtschaftskrise hat Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gleichzeitig gewaltig vermehrt, den Mittelstand weiter herabgedrückt und uns schon Unruhen eingebracht, obwohl Gewalt die Nahrungsdecke nicht vergrößern kann. Französischer Frank, dänische Krone, polnische Mark werden von der deutschen Mark bereits mit abwärts geführt.

In dieser hochkritischen Lage fällt unser Blick auf die schlichte Fahne, die fast zwei Generationen Breslauer Proletarier kämpfen, siegen, sterben, eine neue Generation heranwachsen sah. Als sie im Jahre 1873 gestiftet wurde, war auch noch nicht lange ein Krieg vorbei, den man damals den großen nannte. Er dauerte sieben Monate, der letzte 4¼ Jahre. Ersterer fällte 43 000 Deutsche, der Weltkrieg 1 800 000; brachte 88 500 deutsche Verwundete, während der Weltkrieg über 5 000 000 zu Verwundeten machte. Damals fielen Deutschland 1½ Millionen Hektar in Elsaß-Lothringen neu zu, diesmal wurden ihm 7 Millionen ohne die Kolonien genommen, damals flossen 4¼ Milliarden Tribut nach Deutschland, diesmal wurden uns 132 Milliarden auferlegt. Aber der Tribut von damals blieb in den Händen der Kapitalisten der Gründerzeit, während die breiten Volksmassen nichts davon spürten, denn die Arbeiterbewegung stand erst in ihren Anfängen.

Die Frauen und Mädchen, die 1873 unsere Fahne stickten, hatten noch kein Wahlrecht, kein Vereinsrecht. Nur gefühlsmäßig erfaßten sie, daß sie und ihre Klassengenossen von den Freuden der damaligen Blütezeit, des Kapitalismus der Gründerjahre, die sie doch mit schufen, ausgeschlossen waren, daß die damals aufschießenden Paläste die Arbeiter aus ihren dunklen Wohnungen nicht befreiten, bei den von ihnen hergestellten herrlichen Möbeln oft kein Bett für ihre Kinder abfiel, den von ihnen gearbeiteten Kleidern nichts für die Frauen der Arbeiter. Unter diesen Eindrücken begann damals die Sammlung der Enterbten für die Erringung einer besseren Wirtschaftsordnung. Wieviele Menschen haben ihr ganzes Leben für dieses Ideal hingegeben, Lasten und Opfer dafür getragen, bis wir sie bestatten mußten, ehe sie eine hellere Zukunft sahen!

Heute sind wir ein großes Heer. Aber hinter uns liegt der Weltkrieg, der außer drei Kaiserreichen auch den Wohlstand zerschlug, den das Volk in jahrzehntelanger Arbeit aufgebaut hatte, der Millionen dem Hungertode nahebrachte, der auch unsere große Partei zerschlug und ihre Teile zu gegenseitiger Bekämpfung brachte, so daß Gleichgültigkeit und Entmutigung um sich greifen mußte. Fünfzig Jahre liegen hinter uns, vierzig Jahre davon ging es durch alle Hindernisse ständig aufwärts und als die Fahne Breslau vor den Schergen der königlichen Polizei verlassen mußte, konnten Bernstein und Motteler sie doch bald wieder zurückschicken, da neues Leben in der Breslauer Arbeiterbewegung erwacht war. Auch neue Verfolgungen konnten uns nicht schwächen. Als ich, so führte Löbe aus, die Leitung des Sozialdemokratischen Vereins Breslau übernahm, zählte er 380 Mitglieder, und Gefängnisurteile gegen alle Volkswacht-Redakteure, Polizeischikanen und der Haß unserer Gegner beugten uns doch nicht. Vier Millionen Stimmen zählte die Sozialdemokratische Partei schließlich in Deutschland vor dem Kriege. Erst der Krieg brachte den riesigen Rückschlag, indem er Tausende unserer Besten dahinraffte, andere dauernd lähmte. Die Wegräumung politischer Hindernisse durch den Sturz des alten Staates wurden durch Schwächung und Zwiespalt der Arbeiterklasse fast wieder ausgeglichen. Die Macht des Großkapitals konnte sich auf den Trümmern des Mittelstandes neu festigen, und fremde Kapitalisten daneben ihre Macht aufrichten, denen im eigenen Lande noch keine starke Arbeiterbewegung entgegenstand. Die Landwirtschaft hatte ihre 18 Milliarden Goldschulden in billigen Papiermark in kurzer Zeit abgezahlt, die Industrie ebenso ihre 4½ Milliarden Goldobligationen — kein Schaden, wenn diese schuldenfreien Betriebe jetzt für die Allgemeinheit gearbeitet hätten. Das wird aber erst der Kampf von morgen zu erringen haben.

Löbe wandte sich in seinen weiteren Ausführungen, die mehr für die Parteigenossen, als für eine breite Oeffentlichkeit bestimmt waren, gegen die Parole, jetzt eine Arbeiterregierung zu errichten, indem er unter sorgfältiger Darlegung der Machtverteilung nachwies, daß eine reine Arbeiterregierung gegenwärtig mit solchen inneren Schwierigkeiten kämpfen müßte, daß sie gleichzeitig die Reparationsfrage nicht lösen könnte. Auch die große Koalition, die außenpolitisch vielleicht eine erträgliche Linie zur Lösung der Reparationsfrage beschreiten könne, sei innerpolitisch doch nach der provozierenden Behandlung unserer Forderungen gegen die Teuerung durch den volksparteilichen Reichswirtschaftsminister im Reichstag kein Ziel, nach dem wir streben. Ob aber eine neue Regierung aus den uns gegnerischen Parteien besser als die jetzige sein würde, könnten wir doch nicht voraussagen. So werde man die gegenwärtige bürgerliche Regierung dem Schicksal des ersten Bürgerkabinetts Fehrenbach-Simons überlassen müssen, das schließlich von seinen eigenen Anhängern in überraschend kurzer Zeit für unmöglich erklärt wurde. Wir sollten sehen, daß wir in einer ähnlichen Situation wie damals dann die freie Entscheidung behalten könnten, ob wir das Erbe der jetzigen Regierung antreten wollen. Inzwischen gelte es, den Block der Besitzlosen fester zu schmieden, damit wir in dem Augenblick, in dem auch politisch die Krise reif sei, machtvoller dastünden. Kleinigkeiten müsse der Besitz ja schon heute zugestehen, wie die jetzt angekündigten Steuerreformen.

Der Krieg, so schloß Löbe, hat Habgier und Gewinngier in voller Blüte emporschießen lassen. Unsere Aufgabe ist es, diesen Mächten die Solidarität derer entgegenzustellen, die nicht Vermehrung ihres eigenen Besitzes zu erstreben hätten. Das sei ja der Sinn des Lebens des einzelnen Arbeiters, der in seiner mühevollen, oft mechanischen Tagesarbeit, deren Gewinn nicht ihm selbst zufalle, sonst hoffnungslos werden müsse. Bürger und Bauer könnten den Sinn ihres Lebens darin erfüllen, daß sie ihren Kindern ein gesichertes Erbe hinterlassen, der geistige Arbeiter vollendet sein Werk, der Proletarier kann in seinem Einzelschicksal keine Befriedigung finden, das Schicksal seiner Nachkommen ist auch das seine. Für ihn erwacht ein höherer Sinn des Lebens erst dann, wenn er die Hand in die Hand des Genossen legt, wenn er einsieht, daß nur eine andere Wirtschaftsordnung für alle ihn erlösen kann, daß nur gemeinsam alle Angehörigen seiner Klasse ihr Schicksal zu wenden vermögen. Dafür haben die Alten gekämpft und gelitten, dafür wollen wir ungebeugt durch den Krieg, der die Arbeiterbewegung nicht zerstören konnte, auch unser Leben einsetzen. Dann winkt einst der goldene Freiheitstag, von dem unsere Sänger uns sagen.

* * *

Stürmischer, tief ergriffener Beifall lohnte die zu Herzen gehenden klaren Worte unseres Führers. Der Vorsitzende dankte ihm und hob hervor, daß Löbe in seiner Bescheidenheit nur eins in seinem geschichtlichen Rückblick vergessen hätte: seine eigene Leistung für die Breslauer Arbeiterbewegung. Ein Schlußgesang der Arbeitersänger schloß die erhebende Feier. Eine kleine Tellersammlung für den Kampffonds der Partei ergab 212 000 Mk.

Die Parole „Arbeiterregierung" wird in Moskau abgeblasen!

Die gegenwärtige Tagung der erweiterten Exekutive der 3. Internationale in Moskau verspricht eine wichtige Etappe in der Entwicklung der kommunistischen Taktik zu bilden. Im Namen der geschäftsführenden Exekutive setzte sich Sinowjew für einen völligen Bruch mit der „verfluchten Vergangenheit" ein. Die bisherige Parole der 3. Internationale, der Kampf für die Einsetzung von „Arbeiterregierungen", soll durch die Parole „Arbeiter- und Bauernregierungen" ersetzt werden. Mit Berufung auf die Verhältnisse in Amerika, Polen, Frankreich und Deutschland, namentlich in Ostpreußen, führte Sinowjew aus, nur das Zusammengehen des Proletariats mit den Bauern könne den Sieg der sozialen Revolution beschleunigen oder überhaupt erst möglich machen.

Ein Dollar (vorbörslich) 139000 Mk.

Rascheres Anpassungstempo der Steuern an die Geldentwertung.

Neuregelung der Körperschaftssteuer und der veranlagten Einkommensteuer.

Der Steuerausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Zentrumsantrag auf Erhöhung der vierteljährlichen Vorauszahlungen bei der Einkommensteuer und der Körperschaftssteuer. Nach diesem Antrag sollen die Vorauszahlungen vom 15. August ab für die Einkommensteuer um das 25fache, für die Körperschaftssteuer um das 35fache erhöht werden. Die Sozialdemokratie vertrat demgegenüber die Anschauung, daß die Erhöhung der Vorauszahlungen nicht willkürlich vorgenommen werden dürfe, sondern daß ein bestimmter Grundsatz, und zwar die durchschnittliche Lohnsteigerung, zum Maßstab genommen werden müsse. Da die Regierung diesen Weg im gegenwärtigen Augenblick als unannehmbar bezeichnete, beantragte die Sozialdemokratie

1. daß die Erhöhung der Vorauszahlungen bei der Einkommensteuer das 30fache,
2. bei der Körperschaftssteuer das 40fache betragen soll und sie beantragte
3. daß die Ermächtigung des Reichsfinanzministeriums, Erhöhungen der Vorauszahlungen vorzunehmen, auch für den nächsten Termin ab 15. August gelten soll und
4. daß bei der Körperschaftssteuer ebenso wie bei den einzelnen Steuerpflichtigen die bei jedem Termin geltenden Vorauszahlungen verfünffacht werden sowie die Gesellschaften vor dem 1. Juni 1922 ihre Bilanz abgeschlossen haben.

Bei der Abstimmung wurden alle sozialdemokratischen Anträge abgelehnt. Beschlossen wurde, daß die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer auf das 25fache erhöht werden und daß der Reichsminister der Finanzen ermächtigt ist, für die am 15. November 1923 und 15. Februar 1924 fälligen Vorauszahlungen eine andere Erhöhung zu bestimmen. Bei Abschlüssen vor dem 1. Juli 1922 ist die zu leistende Vorauszahlung zu vervierfachen. Die Erhöhung der Vorauszahlungen tritt nicht ein, sofern das Einkommen hauptsächlich aus Lohnarbeit, aus Steuerberufstätigkeit oder Erträgen fest verzinsbarer Werte besteht. Die Vorauszahlungen auf die Körperschaftssteuer werden auf das 35fache festgesetzt und bei Gesellschaften, die vor dem 30. September 1922 bilanziert haben, soll als weitere Vorausbezahlung das 100fache des Betrages entrichtet werden, den sie bis zum 1. Mai zu entrichten hatten.

Entspricht diese Regelung auch nicht voll den Erfordernissen, die die trostlose Finanzlage des Reiches stellt, so werden durch sie doch erneut die schweren Fehler des Geldentwertungsgesetzes und die zu niedrige Bewertung anerkannt und es wird zugegeben, daß die Höhe der Einkommensteuer und der Körperschaftssteuer ebenfalls der Geldentwertung entsprechend während des Steuerjahres angepaßt werden muß. Langsam und unvollkommen zwar, aber doch unaufhaltsam sind die bürgerlichen Parteien gezwungen, den von der Sozialdemokratie für die Steuergesetzgebung immer vertretenen Anschauungen Rechnung zu tragen.

Die neue Stützungsaktion.

Die Verhandlungen der Reichsregierung mit maßgebenden Persönlichkeiten der Wirtschaft über eine Neuauflage der Stützungsaktion, die wir bereits vor mehreren Tagen ankündigten, wurden am Donnerstag fortgesetzt. Die Regierung plant eine wesentliche Beeinflussung des Devisenmarktes und Strafmaßnahmen, ähnlich wie sie in der Tschechoslowakei und in Polen bereits bestehen. Nur ist sie sich noch nicht klar, wie ihre Pläne zur Durchführung gelangen können. Mit dem Reichsbankpräsidenten, dessen Verschwinden die erste Voraussetzung für das Gelingen einer neuen Stützungsaktion ist, ist die Regierung nach wie vor gegen eine Devisenzentrale. Die Verhandlungen sollen am Freitag fortgesetzt werden.

Der Kampf der polnischen Regierung für ihre Valuta.

Warschau, 21. Juni. (Eig. Drahtb.) Hier sind seit Dienstag alle polnischen Valutabörsen geschlossen. Sämtliche Banken und Exporteure müssen ihre fremden Devisen an die staatliche Darlehnskasse abliefern, die damit die Möglichkeit erhält, maßgebend auf den Dollarkurs einzuwirken. Am Donnerstag wurde der Dollar infolge dieser Transaktion bereits wieder mit 100 000 Mk. verkauft. Man glaubt, den Kurs noch weiter drücken zu können. Daß infolge der Regierungsmaßnahmen die kleinen Besitzer fremder Edelvaluten panikartig ihre Bestände der Staatskasse übergeben, ist erklärlich. Durch das amtliche Verbot, Valutakurse fremder Börsen in irgend einer Form zu veröffentlichen, wird der Spekulation ebenfalls stark vorgebeugt.

Im Laufe der Mittwochnacht wurden insgesamt 40 Mitglieder der sogenannten „Schwarzen Börse" in Warschau verhaftet und 1500 Dollar beschlagnahmt.

Ausscheiden der bürgerlichen Linken aus dem Kabinett Poincaré.

Der Vollzugsausschuß der radikalen Partei nahm gestern abend eine Resolution an, in der die der Partei angehörenden Minister, der Kolonialminister Sarraut, der Minister für soziale Fürsorge Strauß, sowie der Unterstaatssekretär Paul Laffont aufgefordert werden, ihre Mitarbeit bei einem Kabinett nicht fortzusetzen, dem die traditionellen Gegner der Republik einmütig ihre Stimme gewährt hätten. Die Entschließung fordert ferner diejenigen Parteimitglieder, die bei der letzten Abstimmung nicht gegen die Regierung Poincaré gestimmt haben, auf, die Parteidisziplin zu respektieren.

Die Brotverbilligung für die Bedürftigen.

Die der Reichstag gestern beschloß, ist in folgendem angenommenen Antrag festgelegt:

„Von den Vermögen, die der Zwangsanleihe unterliegen, wird als einmalige Abgabe das Sechsfache der Zwangsanleihe erhoben. Nur Besitzer fest verzinslicher Werte usw. sind ausgenommen. Die Abgabe ist je zur Hälfte am 1. August 1923 und am 1. Januar 1924 fällig. Sie wird um den Betrag erhöht, um den der Roggenpreis von 120 000 Mark für den Zentner in der Zeit vom 1. bis 15. Juli bzw. vom 1. bis 15. Dezember sich erhöht. Für verspätete Zahlung werden Verzugszinsen von 15 bzw. 5 Prozent pro Monat erhoben."

Zum ersten Mal ist also eine Reichssteuer wertbeständig gemacht worden. Dadurch ist der Gefahr vorgebeugt, die seinerzeit die Zwangsanleihe völlig entwertet hat. Es ist aber ferner bestimmt worden, daß für den Fall unvorhergesehenen Anwachsens der Zahl der Bedürftigen die erzielten Mittel nicht ausreichen, die Aufbringung weiterer Mittel erneut durch die Belastung des Besitzes durch Gesetz zu regeln ist.

Die Sozialdemokratie hatte zwar ursprünglich die zehnfache Zwangsanleihe verlangt. Keine der bürgerlichen Parteien war aber dafür zu haben. Die Deutschnationalen, die Deutsche und die Bayerische Volkspartei und die Demokraten wollten das Dreifache und außerdem den Gesamtbetrag auf 1200 Milliarden begrenzen. Das Zentrum wollte das Vierfache erheben. Was endgültig beschlossen wurde, geht weit über die ursprünglichen Zugeständnisse aller bürgerlichen Parteien hinaus. Es wird im Gesamtbetrage etwa 1800 Milliarden ergeben; falls die Geldentwertung aber fortschreitet, in entsprechendem Maße mehr. Diese Wertbeständigkeit der Abgabe erleichterte deshalb der Sozialdemokratie die Forderung nach zehnfacher Abgabe in einer Zahlung. Gewiß ist es auffällig, daß bei der bekannten Steuerscheu der bürgerlichen Parteien diese Regelung die Zustimmung aller bürgerlichen Parteien gefunden hat. Aber die Erklärung dafür ist nicht allzu schwer. Sie liegt in drei Tatsachen: 1. Ist die aufzubringende Summe im Verhältnis zu der ursprünglichen Last der Zwangsanleihe in Höhe von einer Milliarde Goldmark. 2. Konnten die bürgerlichen Parteien ihrer sonstigen Abneigung gegen Besitzbelastung nicht freien Spielraum lassen, weil es sich um das Schicksal der Opfer des Krieges und der Geldentwertung handelt, die zum Teil im Lager der bürgerlichen Parteien stehen. 3. Waren die bürgerlichen Parteien nicht frei in ihrer Entschließung, weil es zwischen Zentrum und Sozialdemokratie bereits mit den Ausschußberatenden zu einer Verständigung gekommen war, die den anderen bürgerlichen Parteien die Freiheit ihrer Entschließung nahm.

Es ist deshalb ein Schlag gegen die Arbeiterklasse, wenn die Kommunisten die Haltung der Sozialdemokratie wie üblich als Verrat bekämpfen. Demgegenüber sei festgestellt, daß die Kommunisten im Ausschuß nur die vierfache Abgabe beantragten, als die Sozialdemokratie bereits das Zehnfache beantragt hatte.

Wirtschaftsminister Becker muß zu Robert Schmidts Politik zurück!

Das Reichswirtschaftsministerium hat, wie wir bereits mitteilten, angekündigt, daß der Forderung der Sozialdemokratie auf Erhöhung der Ausfuhrabgaben in schleunigster Beratung entsprochen werden soll. So erfreulich auch die Einsicht des Reichswirtschaftsministeriums ist, daß bei der gegenwärtigen starken Spannung zwischen den inländischen Produktionskosten und den Auslandspreisen eine Abgabe vom Export notwendig wurde, so sehr muß bedauert werden, daß diese Erkenntnis so spät kommt. Sie ist trotzdem das Eingeständnis eines schweren und kaum zu verantwortenden Fehlers des jetzigen Wirtschaftsministers Dr. Becker. Eine seiner ersten Taten nach der schlecht fundierten Stützungsaktion war die fast völlige Beseitigung der Ausfuhrabgabe. Das war um so mehr ein Liebesdienst für die Unternehmer, als der Reichswirtschaftsminister nach seinen eigenen Bekundungen vor dem Untersuchungsausschuß für die Markflüssigkeit sich bereits bei Beginn für die Stützungsaktion ihrer nur vorübergehenden Wirkung bewußt war. Danach hat man also, trotzdem man wußte, daß die Spanne zwischen Inlands- und Auslandspreis sich in absehbarer Zeit wiederum stark vergrößern werde, die Beteiligung des Reiches an diesem Exportgewinn freiwillig preisgegeben. Die Abwendung von der damaligen Haltung ist dem Wirtschaftsminister anscheinend sehr schwer gefallen. Das ist verständlich; denn es ist natürlich mehr als unangenehm, jetzt zugestehen zu müssen, daß die Haltung der Sozialdemokratie und des sozialdemokratischen Reichswirtschaftsministers die richtige gewesen ist.

Severing gegen die Glücksspielwut.

Wie der Amtliche preußische Pressedienst mitteilt, hat der Minister des Innern erfahren, daß in Badeorten, namentlich in Nord- und Ostseebädern, ganze Häuser und Hotels gemietet werden, um in den Räumen Glücksspiele zu veranstalten. Eine daraufhin erlassene Verfügung des Ministers an die Regierungspräsidenten ordnet unnachsichtliches Einschreiten gegen die Veranstaltung von Glücksspielen an.

Der völkische „Held" Schlageter als polnischer Spitzel.

Der Verlauf der letzten Debatte im Preußischen Landtag hat vor allem das Gute gezeitigt, daß er dem Volke vor Augen führte, in welchem Maße die nationalistischen Geheimorganisationen von Verrätern und Spitzeln durchsetzt sind, die sich nicht scheuen, für fremdes Geld ihre angeblichen Gesinnungsfreunde gegnerischen Gerichten auszuliefern. Schlageter ist bekanntlich ein Opfer derartiger Spitzeltätigkeit geworden — aber er selbst war, wie sich immer mehr herausstellt, nicht im geringsten von besserer Gesinnung als seine jetzt verhafteten Verräter. Das beweist insbesondere eine Zuschrift des Danziger Korrespondenten des „Soz. Parlamentsdienst", die sich auf äußerst zuverlässige Angaben stützt und in der es unter anderem heißt:

Schlageter hat sich vor dem Beginn des Ruhrabenteuers mehrere Monate auch in Danzig aufgehalten, das seines deutschnationalen Senats wegen von den deutschen Reaktionären neben München als deutsche „Ordnungszelle" angesehen wird. Schlageter war von den deutschen Geheimverbänden zu irgend welchen Zwecken nach Danzig entsandt worden. Hier führte er dasselbe nichtstuerische Leben wie die Harden-Attentäter, das heißt, er trieb sich wochenlang täglich in Bars, Dielen und Kaffees herum. Als seine Geldmittel infolge des kostspieligen Schlemmerlebens zur Neige gingen, versuchte er bei amtlichen deutschen Stellen unter Hinweis auf seine „nationale Betätigung" weitere Geldmittel flüssig zu machen. Dieses scheint ihm nicht in genügender Weise gelungen zu sein; denn er trat bald darauf zu der polnischen Spitzelagentur in Danzig in nähere Beziehungen. Als intimer Bekannter des polnischen Oberspitzels in Danzig verkehrte er mit diesem öffentlich in Danziger Cafés. Der Nachweis ist erbracht, daß Schlageter den Polen deutsche Geheimdokumente verkauft hat. Ob es sich hierbei um echte Dokumente oder um Fälschungen handelte, entzieht sich unserer Kenntnis. Gefälschte Dokumente können unter Umständen für das deutsche Volk aber noch schlimmere Folgen haben als echte Geheimdokumente. Die polnische Spionage-Agentur war auf jeden Fall mit der Tätigkeit Schlageters höchst zufrieden. Abgesehen von den politischen schweren Folgen, die dem deutschen Volk aus dieser Tätigkeit Schlageters erwachsen sind, ist auch dieser Fall für die Charakterlosigkeit der deutschvölkischen Helden, denen Feindesgeld über Vaterlandsinteressen geht, kennzeichnend. Diese Feststellungen werden unsere „nationalen Kreise" selbstverständlich nicht davon abhalten, weiterhin für „Schlageter"-Straßen bzw. Denkmäler Propaganda zu machen und den Spion Schlageter als Nationalheld zu empfehlen. . . . .

Aus der bürgerlichen „Ordnungszelle" Bayern.

München, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Hochverratsprozeß Fuchs-Machhaus wird in den nächsten Tagen auch den bayerischen Landtag beschäftigen. Anlaß dazu hat die sozialdemokratische Fraktion gegeben. Sie hat eine Interpellation eingebracht, die u. a. folgendes besagt: „Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um solchen verräterischen, gegen die Einheit des Reiches gerichteten Bestrebungen in Bayern wirksam zu begegnen?" — Zur Begründung wird folgendes gesagt: „Die im Prozeß Fuchs und Genossen festgestellten Tatsachen haben bewiesen, daß ohne zureichendes Eingreifen der Staatsbehörden hochverräterische Unternehmungen im französischen Interesse gefördert werden konnten."

Unser Parteiblatt in Aschaffenburg ist wegen eines dem „Soz. Parlamentsdienst" entnommenen Artikels über die Umtriebe des „Reichs-Wehrblock Roßbach" in Magdeburg bis einschließlich 2. Juli verboten worden. Der das Verbot erlassende Staatskommissar, Oberregierungsrat Groß, hat vor kurzer Zeit eine Felddienstübung der Nationalsozialisten in Mespelbrunn inspiziert. Am 23. Juni findet in Aschaffenburg eine Fahnenweihe des Bundes „Oberland" statt, der den bekannten vaterländischen Kampfverbänden angehört. Die Aschaffenburger Arbeiterschaft ist der Auffassung, daß das Verbot erfolgte, um über die Vorbereitungen und den Verlauf dieses Festaktes, der zu einer großen völkischen Kundgebung werden soll, nichts berichten zu können. Beschwerde gegen das Verbot ist eingereicht.

Deutschland und der Völkerbund.

Ein vom Wolffschen Büro verbreiteter Bericht über die Erklärungen des Bundesrates Motta vor dem Schweizer Parlament enthielt gerade die für Deutschland wichtigste Stelle nicht. Wie der Genfer Korrespondent der „Vossischen Ztg." meldet, sagte Motta u. a.:

Es wäre sehr wenig angebracht, in einem Moment von einem möglichen Austritt der Schweiz aus dem Völkerbund zu reden, wo Argentinien seinen Platz in der Versammlung wieder einzunehmen sich anschickt und wo die Vereinigten Staaten sich dem Völkerbunde nähern und bereits dem internationalen Gerichtshof beigetreten sind. „Was Deutschland angeht", fuhr Motta fort, „so ist es keine eigene Schuld, wenn es noch nicht nach Genf gekommen ist. Es ist sehr wahrscheinlich, daß, wenn es gekommen wäre, sich die Ruhrfrage überhaupt nicht gestellt hätte."

Die Versorgung der internationalen Kriegsopfer.

In allen Staaten, die am Weltkrieg beteiligt gewesen sind, spielt die Frage der Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen eine ganz bedeutende Rolle. Während in den früheren kriegerischen Auseinandersetzungen der Völker untereinander diese Frage nicht so sehr in den Vordergrund getreten ist, machte sie sich im Weltkrieg 1914/18 so stark bemerkbar, daß ihre Regelung den Gegenstand der ernstesten Besorgnisse für alle betroffenen Staaten bildet. Dr. Georg Panzer versucht nun in der Zeitschrift für Weltwirtschaft „Der Wiederaufbau" (Heft 4/5) ein Bild von der Unzulänglichkeit der heutigen Entschädigungssummen zu geben und vergleicht die deutschen Entschädigungssummen mit denen des Auslandes, die wir in einem kleinen Auszug seiner Ausführungen veröffentlichen. Er schreibt:

„In der Neuregelung von 1923 müssen sich die deutschen Kriegsopfer gefallen lassen, daß man nicht nur die 20 Prozent Beschädigten mit einer einmaligen Abfindung abfertigt, sondern sie werden in ihren, 1920 ihnen eingeräumten Versorgungsrechten insofern noch wesentlich geschmälert, daß ein Teil dieser an die Geldentwertung allerdings angepaßten Rente ihnen nur gewährt wird, wenn sie sich in einer dürftigen Lage befinden. Um es in kurzen Zahlen auszudrücken: Am 1. April 1920 konnte der 100 Prozent Beschädigte mit seiner Rente rund 75 Prozent des Lebensunterhalts bestreiten, wenn man als Maßstab dafür die Beamtenbesoldung anerkennen will. Die Verbände hatten die Erhöhung auf 100 Prozent dieser Sätze verlangt. Das Angebot der Regierung geht aber nur so weit, daß als Normalrente 45 Prozent des Anfangsgehalts der Besoldungsgruppe I festgesetzt werden, und daß die von der Wiederherstellung des Rentenwerts von 1920 noch fehlenden 30 Prozent nur in der Form der Bedürftigkeitsrente (als Zusatzrente) gewährt werden soll. Bei der Versorgung der Hinterbliebenen ist dieses Verhältnis deshalb etwas günstiger, weil deren Rente prozentual aus der Vollrente bemessen wird, und es kann daher garnicht genug betont werden, daß von einer „glänzenden" Versorgung der Kriegsopfer in Deutschland mit keinem Wort gesprochen werden kann. Im Gegenteil: der Vergleich mit der Versorgung in anderen Ländern gibt den absolut unwiderleglichen Beweis dafür, daß die deutsche Kriegsopferversorgung nicht im geringsten das Versprechen „vom Dank des Vaterlandes" eingelöst hat. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die deutsche Normalrente für die Versorgungsberechtigten weit hinter den durch die wirtschaftliche Not verursachten Bedürfnissen zurückbleibt und somit jeden Versorgungsberechtigten zwingt, sich auf einem anderen Wege das zum Leben Erforderliche hinzuzuverdienen oder zu betteln, wenn die körperliche Kraft nicht mehr ausreicht, um sich auf dem freien Arbeitsmarkt eine entsprechend bezahlte Arbeit zu verschaffen und zu sichern. Dies wird aber um so schwieriger, je schwieriger sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland gestalten.

Der Verfasser stellt dann die Versorgungsgebühren des 100 Prozent Beschädigten mit 3 Kindern dem Mindestarbeitslohn in den anderen Ländern gegenüber. Für die Vergleiche werden zugrundegelegt die Mitteilungen des Reichswanderungsamts über die Kosten der Lebenshaltung in den verschiedenen Ländern und die Mitteilungen des Internationalen Arbeitsamts in Genf. Demnach erhält der 100 Prozent Beschädigte für sich und seine Frau und 3 Kinder an Rente und Teuerungszuschüssen monatlich:

in Land	an Rente	bei Lebenshaltungskosten von	also %
Belgien . . .	487,50 Francs	325,— Francs	150%
Bulgarien . .	360,— Lewa (?)	4 000,— Lewa	?
Frankreich . .	650,33 Francs	325,— Francs	200%
Groß-Britannien	283,06 Schilling	160,— Schilling	175%
Australien . .	360,— Schilling	360,— Schilling	100%
Kanada . .	137,— Dollar	135,— Dollar	100%
Neuseeland .	405,— Schilling	?	?
Italien . . .	646,75 Lire	475,— Lire	135%
Oesterreich . .	150 000,— Kronen	100 000,— Kronen	150%
Polen . . .	58 500,— p. Mark	185 000,— p. Mark	33%
Tschechei . .	380,— tsch. Kronen	720,— tsch. Kronen	? 55%
Ungarn . .	390,— Kronen ?	50 000,— Kronen	?
Verein. Staaten	195,— Dollars	100,— Dollars	100%

Es ist aber nicht nur in Deutschland eine — fast möchte ich sagen — alltägliche bedauerliche Beobachtung, daß man dem Los der Kriegsopfer völlig teilnahmslos gegenüber steht und sich mit dem gedankenlosen Trost zufrieden gibt, daß der Staat schon für diese Leute sorgt. Deutschland kann infolge der Unsicherheit seiner wirtschaftlichen Lage nicht so für die Kriegsopfer sorgen, wie es an sich notwendig wäre. Das bringt aber für die Allgemeinheit die Verpflichtung mit sich, für die Kriegsopfer auch an ihrem Teile mitzuwirken, daß der vorhandene Arbeitswille nicht verkümmert, sondern noch nutzbringend angesetzt wird zum Wiederaufbau Deutschlands."

* * *

Bekanntlich hat die Industrie als eine „Vorbedingung" für die Erfüllung ihrer „Opfer"-Pflicht gegenüber dem Staat auch Aufhebung der Demobilmachungsbestimmungen gefordert, d. h. Aufhebung vor allem jedes Schutzes der Kriegs-

Sklaverei.

Roman von Upton Sinclair.

Einzig berechtigte Uebersetzung von Hermynia zur Mühlen.

4]

Es gab ein Thema, das in Valley-Hill oft berührt wurde, wenn die anderen Plantagenbesitzer kamen, aber niemals in Gegenwart des Großvaters, der es nicht errang, davon zu reden. Einer der Nachbarn Montagues war ein Herr Davis, ein früherer Offizier im Heer, der sich vor vielen Jahren zurückgezogen hatte, Farmer und ein eifriger Student des politischen Lebens geworden war. Vor zwei Jahren verließ er seine Einsiedelei, wurde in den Kongreß gewählt, zur gleichen Zeit, da Allans Vater in den Senat gelangte.

Herr Jefferson Davis war ein pedantischer kleiner Mann, mager und feierlich, ernst und zurückhaltend, doch äußerst reizbar; war er aufgeregt, so konnte er sehr beredt und herrisch sein. Er hatte die Frage der Abolitionisten genau studiert und sah sie im schwärzesten Licht. Daß der Kongreß die Sklavenfrage nicht beachten würde, sei keineswegs die Rettung, meinte er. Die Schwierigkeiten lägen im Norden. Die Nordstaaten werden die Sklavenhälter nicht in die neuen Territorien einlassen, und wenn der Norden einmal derart die politische Kontrolle an sich gerissen hat, kann er nicht die Konstitution vergewaltigen, sobald es ihm gut scheint, dies zu tun? Herr Davis warf die Frage auf, ob der Kongreß überhaupt das Recht habe, in dem einen oder anderen Territorium Sklaven zu verbieten, ob dieses Recht nicht eine Gefahr für den Süden bedeute, und ob sich nicht dieser, als Antwort darauf, von den übrigen Staaten loslösen müsse?

Die immer größer werdende Angst veranlaßte die Plantagenbesitzer, sich dieser Ansicht, die übrigens keine neue war, zuzuwenden. Auch Senator Montague fing an, Herrn Davis Recht zu geben.

Vor zehn Jahren hatte ein Montague sein Blut für Texas vergossen. Die Halbbluteinwohner dieses Landes sollten mit der großen Union verbunden werden. Aber obgleich England und Frankreich um den Besitz dieses Landes intrigierten, war der Norden gegen die Vereinigung mit Texas, behauptend, dies könnte einen Krieg mit Mexiko nach sich ziehen. Da aber schließlich der Süden seinen Willen durchgesetzt, Texas für die Union gerettet hatte, versuchte abolitionistischer Wahnsinn Texas um seine Rechte zu betrügen, seine Grenzen enger zu ziehen, abermals unter dem alten Vorwand, dies könne zum Krieg mit Mexiko führen.

Valley-Hall fürchtete den Krieg keineswegs, war es denn nicht die Bestimmung der Amerikaner, das Land dieser hassenswerten, minderwertigen Rasse von Halbblutindianer und degenerierten Spaniern zu erobern? Es folgten aufgeregte Tage, die Nachricht kam, es sei dem General Taylor befohlen worden, die amerikanische Flagge auf dem Ufer des Rio Grande zu hissen. Dann, an einem unvergeßlichen Aprilmorgen, kehrte Onkel Ben im wilden Galopp auf einem schaumbedeckten Pferd heim und berichtete, die Mexikaner hätten auf die Flagge geschossen, der Krieg sei unvermeidlich.

Allans Vater warb eine Kompagnie an, Hamilton Montague trat ihr bei, Herr Davis kam von Washington, um den Oberbefehl über die Kompagnie zu übernehmen.

Die Kinder vergaßen nie den Morgen, als die Kompagnie abmarschierte vergaßen nie, wie furchtbar die Stille war, die sich jählings auf Valley-Hall senkte. Niemand war daheim geblieben, außer der Mutter und Onkel Ben, sogar die Hühner und Tauben waren verschwunden, das Grunzen der Schweine war verstummt. Einzig und allein die Rosinen brachten Leben ins Haus, und die arme Frau Montague flüsterte den Kindern zu, es sei die Pflicht einer Soldatenfamilie, tapfer zu sein — und brach dabei in bitterliches Weinen aus.

Zehntausend Mexikaner hatten sich in der befestigten Stadt Monterey verschanzt. Sechstausend Amerikaner nahmen die Festung in drei Tagen. Großvater Montague meinte, als er die Botschaft erhielt.

Dann folgten lange trübe Tage des Wartens, bis in einer folgenschweren Nacht ein Bote kam und berichtete, Hauptmann Montague sei schwer verwundet worden. Eine Woche später erfuhr die Familie, Henry Montague sei die Kniescheibe durch einen Schuß zerschmettert worden, er werde bis an sein Lebensende ein Krüppel bleiben. Allan lebte zwischen Angst und Begeisterung. Die Zeitung, die diese Nachricht gebracht hatte, wurde von allen Nachbarn gelesen, sie kamen von dreißig Meilen Entfernung, um die Nachrichten zu hören.

Während General Scott seinen berühmten Siegeszug antrat, erhielt Hamilton Montague die Erlaubnis, seinen Bruder heimzubringen. Nun, da der gebrochene, abgemagerte Mann heimgekehrt war, wurde Valley-Hall ein gar stilles Haus, sogar die Tiere schienen zu wissen, was geschehen, und wenn die Kinder spielen wollten, liefen sie in die entlegensten Stellen des Parkes.

Es war ein trauriges Weihnachten auf der Plantage; deuchten es, als hätten sie einen Vater verloren. — Großvater Montague war tot. Die Kinder hatten neben dem Bett gekniet, da die greise Seele sich vom Leib löste. Der alte Mann flüsterte, er sterbe gerne, doch starrte aus seinen Augen wilder Lebenshunger, und eine ungeheuere Angst, die seine Seele beschwerte und ihn nicht sterben lassen wollte, rang nach Worten. Nicht von sich selbst sprach er in diesen letzten Augenblicken, sondern von seinem Land, sprach mit schweißbedeckter Stirn und furchtbarem Keuchen in der Stimme. Er redete zu Kindern und Enkelkindern, vergaß den Altersunterschied zwischen den beiden. Er sagte dem Land, das er geliebt, Lebewohl, ahnte, daß ihm Gefahr drohe, sah, wie sich Menschenhände dagegen erhoben, und bebte vor ohnmächtiger Angst. Immer wieder beschwor er die Seinen, gut für das Land zu sein, es mehr zu lieben. Er sank auf die Kissen zurück, keuchend, vergeblich nach weiteren Worten ringend. Die erschrockenen Kinder, die das Zittern seiner Hände, das Pochen der Schläfen beobachteten, sahen entsetzt, wie sich über seine Augen ein weißer Schleier zog, wie sich sein Gesicht verzerrte. Sie hörten die Mutter, die des alten Mannes Hand hielt, aufschreien.

3. Kapitel.

Der Friede war endlich gekommen, aber nicht für den Süden. Die Union hatte ein großes Territorium gewonnen, doch mußte nun der Süden nochmals darum kämpfen, und zwar im eigenen Kongreß. Niemand vermochte zu sagen, wie weit der Fanatismus der Abolitionisten gehen würde.

Senator Davis befand sich wieder in Washington, wachsam und zornig; seine Weissagungen waren durch die Begebenheiten gerechtfertigt worden. Er erklärte kühn, die Konstitution gäbe dem Kongreß nicht die Macht, die Sklavenhälter aus den neuen Territorien zu verbannen. Der erste Kampf galt dem Staate Oregon; zwar glaubte der Senator keineswegs, daß jemals Sklaven nach Oregon ziehen würden, doch kam es hier auf das Prinzip an. Seine Wähler in Valley-Hall lasen bewundernd seine Reden, begriffen nicht, wie die übrige Welt noch immer nicht von der Richtigkeit dieser Ausführungen überzeugt sein könne.

(Fortsetzung folgt.)

beschädigten auf dem Arbeitsmarkt. Es ist der Agitation der Sozialdemokratie gelungen, die Regierung bisher an einer Zusage gegenüber dieser Forderung des Besitzes zu hindern. Hoffentlich rühren sich auch die bürgerlichen Linksparteien, falls der Industriellenvorstoß wiederholt wird! Red.

Der Preußische Landtag

stellte am Donnerstag zunächst 24 Milliarden für die Urbarmachung von staatlichen Mooren in Hannover und Schleswig-Holstein und 1 800 000 Mark für Bedeichungsarbeiten in Schleswig zur Verfügung. Ohne Aussprache wird die Novelle zur Lehrer- und Beamtenbesoldung angenommen. Dann wird die **Aussprache zum Haushalt** fortgesetzt.

Genosse **Limbertz** rechnet mit den Kommunisten ab. Ueberall waren die Bergleute gegen den Streik, da im Ruhrgebiet unter anormalen Verhältnissen ein Streik im gewöhnlichen Sinne des Wortes gar nicht geführt werden kann. Aber überall haben kommunistische Garden, junge Schnösel und unlautere Elemente, die Belegschaften so lange terrorisiert, bis da und dort den Arbeitern die Galle überlief. In den kommunistischen Hundertschaften liefen die Leute mit Waffen herum, die sie auf Grund französischer Waffenscheine trugen. Das Techtelmechtel zwischen Kommunisten und Franzosen wurde mehrmals einwandfrei festgestellt. Ihre Versammlungen fanden zum Teil unter dem Schutz der Franzosen statt. In Oberschlesien aber haben sich Kommunisten offen mit den Hakenkreuzlern verbündet. Nicht rechtsradikale Sabotageakte und nicht kommunistischer Aufruhr, erklärte Genosse **Limbertz** zum Schluß mit eindrucksvollen Worten, sondern die planmäßige, zielbewußte Arbeit und Abwehr der organisierten Arbeiter allein können uns helfen.

Nach dem Zentrumsabgeordneten **v. Papen**, der den von den Deutschnationalen geforderten **parlamentarischen Untersuchungsausschuß zum schlesischen Landarbeiterstreik ablehnt**, zieht der Demokrat **Nuschke** die Bilanz der großen innenpolitischen Aussprache: Der Entschluß der Koalitionsparteien, die Regierung auch weiterhin zu unterstützen. Auch der Wirtschaftsparteiler **Drewitz** hebt hervor, daß die Vorwürfe der deutschnationalen Angriffe gegen Severing alles Dagewesene übersteige. Der Minister habe sich als wirklicher und seiner Verantwortung bewußter Staatsmann erwiesen. Noch einmal versuchte der deutschnationale Redner im Streit, **Wacker**, unter fürchterlichem Stimmenaufwand, nach der verlorenen Schlacht die eine oder andere Stellung zu retten.

Innenminister, Genosse **Severing**, stellt deutschnationalen Presseangriffen gegenüber fest, daß die Recherchen über Vorgänge in Münster zwar von preußischen Kriminalbeamten ausgeführt, aber auf die Aufforderung einer Reichsstelle zurückzuführen waren, die von den dortigen Erscheinungen den allerungünstigsten Einfluß auf die Verhandlungen gegen die Krupp-Direktoren befürchtete. Beim schlesischen Landarbeiterstreik seien zwar Terrorakte vorgekommen, aber die deutschnationale Presse habe hundert Mal übertrieben. Der Selbstschutz gewisser Arbeitgeber zog in bewaffneten Trupps auf und nur mit Mühe konnten schwere Zusammenstöße vermieden werden. Deutsch und national wäre es, so schließt der Minister, anzuerkennen, daß die deutschnationalen Anklagen, er sei schuld an Hauensteins Verhaftung, falsch sind. Statt dessen verleumden sie weiter.

Mit der Rede des Innenministers schließt die allgemeine Aussprache. Bei der Einzelberatung gibt die bürgerliche Mehrheit dem Staatsrat einen eigenen Haushalt. Kurz beleuchtet Genosse **Limbertz** beim Haushalt der Berg- und Hüttenverwaltung die Lage der Bergarbeiter. Mit der Annahme verschiedener Haushalte, darunter des der allgemeinen Finanzverwaltung und des Landtags, vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag.

Hardings Schiedsgerichtsplan.

Der amerikanische Staatspräsident Harding hielt am Dienstag in St. Louis eine große politische Rede, in der er den Eintritt Amerikas in den internationalen Gerichtshof unter zwei Voraussetzungen befürwortete. Einmal soll dieser Gerichtshof vollkommen unabhängig vom Völkerbund sein. Ferner müsse der Gerichtshof auch in der Praxis der Theorie, welche ihn gründete, entsprechen und die Vereinigten Staaten müßten auf völlig gleichberechtigter Stufe mit den übrigen Mächten darin auftreten können. Bei Eröffnung des Senats beabsichtigt Harding, dem Kongreß einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten, um Verhandlungen mit den Mächten in dem von ihm vorgeschlagenen Sinne einzuleiten. Der Sinn dieser Aktion soll sein, durch ein internationales Schiedsgericht den internationalen Streitigkeiten vorzubeugen, und den Krieg auf immer zu unterdrücken.

Wirtschaftsbeziehungen zwischen Rußland und Oesterreich.

Die österreichischen gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen und Arbeiterkonsumgenossenschaften haben zusammen mit dem russischen Volkskommissariat für Außenhandel eine Handelsgesellschaft mit einem Aktienkapital von 300 000 Goldrubel gegründet, deren Zweck es ist, den Handelsverkehr zwischen Oesterreich und Rußland zu organisieren. Landwirtschaftliche Erzeugnisse und Rohstoffe sollen aus Rußland nach Oesterreich eingeführt und dagegen landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Eisenwaren und eine große Anzahl anderer Industrieprodukte nach Rußland geliefert werden. Der Gründung wird eine große Bedeutung beigelegt, und es ist hervorzuheben, daß die Arbeiterinstitutionen die Schrittmacher für die Erschließung des russischen Wirtschaftsgebiets für die gesamte österreichische Volkswirtschaft sind. Die neue Gesellschaft, der von der russischen Regierung eine Reihe von Vorrechten und Erleichterungen eingeräumt wurden, heißt abgekürzt: „Ratao".

Durchbrechung des Außenhandels-Monopols in Rußland.

Das Vollzugskomitee der Ukrainischen Sowjetrepublik hat beschlossen, den staatlichen Unternehmungen und Organisationen, welche schon jetzt privatwirtschaftlich betrieben werden, zu gestatten, selbständige Handelsgeschäfte unter Umgehung des Volkskommissariats für den Außenhandel mit ausländischen Firmen abzuschließen.

Zugleich beschloß aber das Vollzugskomitee, die Strafen für die Vergehen in bezug auf den ausländischen Handel zu erhöhen. Was die Niederlassung ausländischer Firmen in der Ukraine anbetrifft, so wird eine solche Niederlassung nicht geduldet, falls nicht das Konzessionskomitee der ukrainischen Regierung dies gestattet. Auch die schon bestehenden Niederlassungen bedürfen der Genehmigung. Nicht genehmigte Firmen sind verpflichtet, ihre Geschäfte in Rußland zu liquidieren. Ruhpreß.

Die evangelische Kirche in Polnisch-Oberschlesien.

Am 6. Juni d. J. ist auf der Kreissynode Pleß die Neuregelung der kirchlichen Organisation für die 20 evangelischen Gemeinden in Polnisch-Oberschlesien erfolgt, die das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 mit Rücksicht auf den Wechsel der Staatshoheiten gefordert hatte. Nachdem durch eine Notverordnung des Evangelischen Landeskirchenausschusses vom 1. Juni die zum Kreissynodalverbande Pleß zusammengeschlossenen evangelischen Kirchengemeinden in dem an Polen abgetretenen Teile Oberschlesiens aus der Verwaltung der Landeskirche und dem synodalen Zusammenhang mit ihr entlassen worden sind, ist am 6. Juni rechtskräftig auf der Kreissynode Pleß die Verfassung der neuen Kirche angenommen worden, die nach dem § 1 den Namen „Unierte evangelische Kirche in Polnisch-Oberschlesien" führt. Die Kreissynode Pleß hat nun die Befugnisse und Obliegenheiten einer Provinzial- und Generalsynode, die kirchenregimentlichen Befugnisse eines Konsistoriums und des Evangelischen Oberkirchenrates hat eine aus fünf Mitgliedern bestehende kirchliche Verwaltungsbehörde, der Landeskirchenrat, übernommen, und der bisherige Superintendent des Kirchenkreises Pleß hat nunmehr die Rechte und Pflichten eines Generalsuperintendenten und führt den Titel eines Präsidenten der Unierten Evangelischen Kirche in Polnisch-Oberschlesien.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Die Schutzpolizei im Kreise Breslau-Land.

Zu was die Breslauer Schutzpolizei eigentlich da ist, konnte am Dienstag, den 19. d. Mts., ein Trupp streikender Landarbeiter erleben. Die genannten Arbeiter machten einen kleinen Ausflug, um sich in der freien Natur etwas zu ergehen.

Auf dem Wege von Seschwitz nach Schönbankwitz wollten sie etwas ausruhen und lagerten sich am Rande des Weges, als ganz plötzlich 5 Mann der Breslauer Schutzpolizei über ein Ackerstück angelaufen kamen und sofort gegen die friedlich Lagernden gewalttätig vorgingen, indem sie diese durch Fußtritte und Kippenstöße mißhandelten, ja sogar mit Erschießen mit dem Revolver bedrohten. Ein, von seinen Kollegen mit Holzenberger benannter Schutzpolizist tat sich dabei besonders hervor und wurde auch von einem anderen auf das unzulässige seiner ganz besonders gemeinen Handlungsweise aufmerksam gemacht. Die Arbeiter, welche nur friedliche Absichten hatten, ließen sich nicht provozieren, sondern gingen, nachdem sie gegen die Behandlung, die als mehr als roh bezeichnet werden kann, protestierten, ruhig ihres Weges weiter.

Im Interesse der gesamten Arbeiterschaft liegt es, wenn sobald als möglich die Schutzpolizei aus den Dörfern wieder entfernt wird, denn wenn es nicht bald geschieht, wird die Erregung so gesteigert, daß schließlich noch Zusammenstöße erfolgen können. Oder werden solche von den Großagrariern gewünscht?

Vorstehender Bericht, der uns zugegangen ist, zeigt wozu die Schupo mißbraucht wird. Oder lauten etwa die Instruktionen der Breslauer Regierung auf Mißhandlung friedlicher Arbeiter, die einen schweren Kampf uns tägliche Brot führen? Herr Regierungspräsident ziehen Sie Ihre Schupo zurück, denn sonst könnte es leicht zu Exzessen kommen, die nicht im Interesse des Vaterlandes liegen!

Noch viel ist zu erreichen

wenn alle Genossinnen und Genossen des Landkreises die letzten Tage der Werbewoche ganz besonders fleißig sind, um die Partei zu stärken und neue Leser zu gewinnen

für die „Volkswacht"!

Groß-Tschansch. Gegen die Verarmung. In der am 15. Juni bei Peter abgehaltenen Volksversammlung der VSPD. sprach Genosse Kremser-Breslau über die Katastrophenpolitik der bürgerlichen Regierung Cuno. An Hand vieler Beispiele zeigte er, wie das Kapital nur an seinen Geldbeutel denkt, während dessen die unteren Schichten mit aller Gewalt immer mehr ins Elend stürzen. Ferner wies er darauf hin, wie wir am besten und schnellsten zur politischen wie wirtschaftlichen Macht gelangen, die aber nur zu erreichen ist, wenn sich die gesamte arbeitende Bevölkerung aufrafft und den Aussaugern die richtige Quittung bei den bevorstehenden Wahlen gibt, damit mit dieser Wirtschaft einmal aufgeräumt werden kann. Im Verlauf der Ausführungen ging der Referent noch auf die Versprechungen ein, die die jetzige Regierung der Arbeiterschaft gegenüber gemacht hat, die aber leider alle zu Wasser geworden sind. Daß der Referent sämtlichen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hat, zeigte der reiche Beifall. Eine Tellersammlung ergab den Betrag von 4490 Mark.

Denkt an das Parteinotopfer!

Aus Schlesien.

Ein Beitrag zum Landarbeiterstreik.

Wie Landarbeiter enden!

Vor einigen Wochen schrieben wir über einen Arbeitsinvaliden, der beim Vorsitzenden des Schlesischen Heimatverbandes, Rohnstock, im Schafstalle untergebracht war, wo er von den Fliegen fast gefressen wurde, gegen die er sich nicht mehr wehren konnte. Eine Anzeige beim Landratsamt zeitigte wohl eine Untersuchung. Wer aber geglaubt hatte, daß nun der Mann sofort in ein Krankenhaus gebracht werden würde, kennt nicht den Gang einer derartigen Amtshandlung. Aus dem Schafstalle wurde er allerdings herausgenommen und ins — Dörrhaus gebracht, wo sonst der Flachs verpackt wird. Dort ist der Mann auch gestorben. Das arbeitsreiche Leben des alten Ratten schloß also mit einem Schafstall als Krankenstube und einem Dörraum als Sterbeort. Landarbeiterlos!

Am Montag vor acht Tagen verschied in Goschütz, Kreis Groß-Wartenberg, im Gemeindehause ebenfalls ein 86jähriger Arbeiter. Sein Lebtag hat er als Arbeiter für die Drohnen geschunden, um die letzten Wochen in einem Raume des Gemeindehauses auf blankem Stroh zu verenden. Wochenlang lag er ohne Hemd. Vollständig zum Skelett abgemagert. Den Rücken aufgelegen und voller Löcher. Die einzige Zudecke klebrig von den Ausscheidungen. Die alte Frau, die ihn betreuen sollte und doch zu schwach war, um ihn richtig behandeln zu können, hat das letzte Mal beim Bettstrohwechseln die Düngergabel nehmen müssen, weil ihr graute, das Stroh mit den Händen anzufassen. Nun ist er noch rechtzeitig gestorben, ohne der Gemeinde größere Kosten zu verursachen, die unbedingt eintreten mußten, weil eine Anzeige die ekelhaften Zustände doch behoben hätte.

Nach Aussagen von Ortsbewohnern, sollte das Altersheim Hundsfeld bereit gewesen sein, den Alten aufzunehmen, wenn die Gemeinde die Wäsche und Betten geliefert und auch die Kosten eines Begräbnisses sich zu tragen verpflichtet hätte. Leider war es dem Augenzeugen am Tage vor dem Absterben des Invaliden nicht mehr möglich, durch eine photographische Aufnahme der Nachwelt den Beweis zu erhalten, wie in der Nachbarschaft von Multimillionären ein alter Arbeitssklave endet.

Sagan. Gerechte Strafe. Der Landwirt Karl Kupper aus Ober-Briesnitz ist durch Strafbefehl mit 60 000 M Geldstrafe belegt worden, weil er trotz Beschlagnahme einer Wohnung in seinem Hause eigenmächtig darüber verfügte und mit dem ihm zugewiesenen Mieter keinen Mietsvertrag schloß, sondern dem Mieter Schwierigkeiten bereitete. Gegen diesen Strafbefehl hat er Einspruch eingelegt. Auf Grund der Verhandlung erhöhte das Gericht jedoch die Geldstrafe auf 200000 Mark.

Alt-Seidenberg O.-L. Mord und Selbstmord. Der hiesige 37 Jahre alte Hausbesitzer H. hielt ein Leiden seines zweijährigen Söhnchens für unheilbar und wurde darüber schwermütig. Er suchte seine Frau zu überreden, mit ihm und dem Kinde gemeinsam zu sterben. Die Frau hielt das Ansinnen für einen Scherz und wies es zurück. Sie begab sich aufs Feld, die älteste Tochter ging zur Schule, und in dieser Zeit erschoß H. sein Söhnchen, öffnete die Pulsadern und tötete sich dann durch einen Schuß in den Kopf.

Landeshut. Skandalöse Zustände herrschen in der Gemeinde Pfaffendorf. Infolge der wirtschaftlichen Depression weist dieser Ort seit Mitte April etwa 15 Kurzarbeiter, bezw. Voll-Erwerbslose auf. Trotz wiederholter und dringender Bitten lehnt der Gemeindevorsteher die Auszahlung auch nur eines Pfennigs Kurzarbeiter- oder Erwerbslosenunterstützung ab. Einzelne der Arbeiter haben heute schon Forderungen von über 200 000 Mark an die Gemeinde zu stellen. Die Geduld der Arbeiter ist nun am Ende angelangt, und die Arbeiterschaft steht heute auf dem Standpunkt, daß, wenn mündliche Beschwerde beim Landrat nicht umgehend von Erfolg begleitet ist, dann man dem Gemeindevorsteher, der allerdings in seiner schönen Wirtschaft von der Not der Zeit noch nicht berührt worden ist, auf andere Weise klar zu machen versuchen wird, daß er, wenn er schon ein Amt übernommen hat, auch die übernommenen Pflichten ausführen muß. Wenn er das nicht kann oder keine Zeit dazu hat, dann muß er eben seiner Wege gehen. Wer Herrn Heinrich kennt, der weiß, daß er niemandem ein Viertelpfund Butter pumpt; er selbst aber sieht es als selbstverständlich an, daß arbeitslose Arbeiter der Gemeinde Hunderttausende von Mark schenken sollen.

Vereinskalender.

Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Verband. Montag, den 25. Juni, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer 10: Sitzung sämtlicher Unterkassierer zur Quartalsabrechnung und Bücherrevision. Alle Bücher und Karten sind mitzubringen. Die Ortsverwaltung.

Schwimmverein „Poseidon" e. V. Hermsdorf-Fahrer Sonnabend nachmittag 4 Uhr am Freiburger Bahnhof.

Baugewerksbund, Sektion der Beton- und Zementarbeiter. Sonntag, den 24. Juni, vormittags 9 Uhr, findet im Gewerkschaftshause unsere Monatsversammlung statt. Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Die Sektionsleitung.

Arbeiter-Athleten-Bund, Abteilung Schwerathletik. Sonntag, den 24. Juni, vormittags, Bezirkssitzung mit Uebungsstunde in Sacrau. Sämtliche Vereine, auch die Landvereine, insbesondere Herkules, Brieg werden dringend ersucht, Delegierte zu entsenden. Treffpunkt 7 Uhr früh, Endstation Matthiasstraße zum Fußmarsch nach Sacrau. Bei schlechtem Wetter ab 7²⁵ Uhr Odertor-Bahnhof.

Das Buch!

Wessen Seele aus des Tages Einerlei hinausschreiten will, der findet seinen treuesten Freund im Buche

Volkswacht-Buchhandlung, Neue Graupenstraße 5

SUNLICHT SEIFE ist die Seife wie sie sein soll

Der Mädchenhandel von Sosnowice

Bekannte Breslauer Typen:

Das Liebesverhältnis des Großindustriellen L. . . . . Kommerzienrat M . . .

Erstaufführung des einzigen Sittenfilms aus **Lebewelt und Schieberkreisen Breslau u. Kattowitz**

im spannenden Roman:

Das Judenmädel von Sosnowice 1238

Ferner: **Das Liebesbild v. Max Halbe**

Jugend

Auf vielfachen Wunsch Gesangseinlagen unseres populären

Chor- und Solo-Ensembles.

Ah Lichtspiele Schweidnitzerstr. 37

Stadttheater.
Freitag 7 Uhr
Aida.
Sonnabend 7 Uhr
Der Widerspenstigen Zähmung.
Sonntag 5½ Uhr:
Parsifal.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. Tel. Ring 2545
Heute Freitag 7½ Uhr:
Die kleine Sünderin.
Sonnabend u. täglich 7½ Uhr:
Gastspiel **Elly Leux**
Dorine und der Zufall

Thalia-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Der größte Lacherfolg! !
Die Sache mit Lola
mit
Ludw. Stössel,
Dienstag, d. 26. Juni
25. 1230
Aufführung.

SCALA-EURO
Tauentzienstraße
I. Taschenstr. 31-33
Heute Freitag 8 Uhr
Letzte Aufführung
Die
Entlassung.

Tivoli-Lichtspiele
Nordstraße 35.
Wieder zwei heiße Schlager in ihrem Programm!
Die Tochter des Wucherers
mit **Leo Parry u. Olaf Storm.** Die Tragödie einer Ehe. 5 Akte. Dazu:
Der sensationelle Film:
Könyved
der große Unbekannte
Ein kriminelles Abenteuer nach dem Roman „Renia", 5 Akte, mit **Renia Deszi** und **Bernhard Götze.**

Inserate
erzielen in der
Volkswacht
den größten
Erfolg!

Wohnungen

Tausche
sonnige Wohnung, 2 kleine Stuben, cr. Küche, Gas, Nähe Hauptbhf., m. **Bereinigung,** in bess. Hause, in gl. od. ähnl. **ohne Bereinigung,** Mitbenutz. bevorz. Off. u. „**Tausch**" an die Buchhandl. Volkswacht.

Möbl. Zimmer od. **Logis** 1. Ohlauer Tor sucht Fräulein. Offerten unt. **M. 270** an die Geschäftsstelle d. Ztg. 777

Kinderl. Ehepaar
(Beamter) sucht 790
leeres oder einfach möbliertes Zimmer
mit Kochgelegenheit
abzumieten.
Offerten unter **M. 172** an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Hausbereinigung
mit guter Wohnung an Ehepaar zu vergeben. Off. unt. **B. H. 2281** an **Rudolf Mosse, Breslau.** 1456

TdN Theater des Nordens
Fürstenstr., an der Piastenstr.

in beiden Theatern:

OK Palast-Kino
Taschenstraße 20

Die Sensation der Woche!

Die Schreckensnächte auf Schloß Rochester.

Nach dem bekannten Roman **„Die Waise von Lowood"** in 5 spannend. Akten.

Ferner: Der große Auto-Sportfilm

„Die knatternde Straße"

oder:

„Der große amerikanische Rekord"

in 5 Akten und die amerikanische Groteske 1234

„Er" auf der Hochzeitsreise.

Anfang: Wochentags 6 u. 8 Uhr, Sonntags ab 3 Uhr.
Jugendliche haben Sonntags von 3 bis 4 Uhr Zutritt.

Anfang: Wochentags 4½, 6½ und 8½ Uhr.
Anfang: Sonntags 3, 5, 7 und 9 Uhr.

Gartburg-Lichtspiele
Gräbschener Straße 94a.

Nur bis Montag!
Luciano Albertini
in dem Sensations-Abenteuer:
„Sansone"
Die rächende Hand.
Ferner der Sittenschlager:
„Venus, die Göttin der Liebe"
mit **Magda Sonja** 1287
Sonntag 3 Uhr. Große Kindervorstellung

Jupiter-Lichtspiele. Westendstraße
Freitag—Montag! Nur 4 Tage!
Aus unserer Breslauer Sitten-Serie
Die Königin der Gartenstraße
Lokal-Sittenfilm in 5 Akten
Eine Sensationsaffäre, deren Folgen in Breslau viel Staub aufwirbelte.
Ferner: im Beiprogramm:
Der amerikanische Sensationsfilm
Hart an der Grenze
in 5 spannenden Akten. 1289

Die Volksschule als Einheitsschule
Von Dr. Max Apel.
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteuren entgegengenommen.

Palast Theater
Beginn 4 Uhr! Heinrichstraße 21
Ein Ereignis für Kinofreunde!
Der Ehescheidungsprozeß der Königin Karoline von England
7 Riesenhafte Akte mit
Charles Willy Kayser.
Dazu: 1247
Joe Deebs schwerster Fall.
Detektivdrama in 5 Akten.

PALAST Theater 2 Erst-Aufführungen
½5 ½7 ½9
Der große Sensations-Hagenbeck-Tierfilm:
Wettlauf: Glück 6 Akte
Ein Sensationsroman, welcher in dem geheimnisvollen Tibet-Lande spielt.
— Außerdem: — 1453
Die **Kavalier-Hochzeit** Groteske 2 Akte
Hallwach-Film A.-G.

Circus Busch-Schäfer Leipzigerstr.
Dir.: E. Bäuer.
Nur Sonnabend, den 23. Juni,
pünktlich 7½ Uhr:
4 große 1455
Ringkämpfe
Haber gegen **Brückner**
Weber gegen **Hein**
Weltmeister Weltmeister
Hans Schwarz—Pietro Scholz
Weltmeister Berlin
Reiber gegen **Steinke**
— Vorverkauf an den bekannten Stellen: —
Preise der Plätze von 1500 Mark an!

SCHAUBURG Viktoriatheater
Telephon Ring 2297
Neue Taschenstraße 31—33
Vorverkauf
Ab Sonnabend, 23. Juni, täglich 8 Uhr:
Gesamt-Bühnen-Gastspiel
des Berliner Trianon-Theaters!
bissi, die Kokotte
Schwank in 3 Akten von **Siegfried Geyer.**
In der Titelrolle:
Elfriede Mortens.
Weitere Hauptrollen: Frieda Brack, Maria Neukirchen, Annemarie Ammon, Gerhard Voß, Willi Gerhardt, Artur Peiser. 1464

BK Lichtbildbühne BK
Konzerthaus, Gartenstr. 34/41
2 Erstaufführungen **2**

von **Giovanno Dienetto** mit bester italienischer Besetzung. — Dieser in Berlin 4 Wochen lang vorausverkauftem Haus gespielte Film ist der größte und beste der Produktion 1922/23.

Ferner: **Die Millionenerbschaft**
— Terra —
in: **Testament des Ive Sievers**
nach dem bekannten Roman:
„Millionensegen"
von Meta Schöpp mit
Hans Steinbeck, Hans Albers, Hildegard Immhof, Max Pategg.

Anfang Wochentags 5 Uhr. Sonntags 4 Uhr. Letzte Vorst. 8½ Uhr.

Täglich Schülersondervorstellung
Wochentags 4—5 Uhr. Sonntags 3—4 Uhr.
Die knatternde Straße oder: **Der amerikanische Rekord**
1233 Einlaß für Erwachsene (Platzvergütung).

RUTIN 1151
Ueberall wird
SEIFENPULVER
zum Abholen bereit gehalten
Wo noch nicht vorhanden, fordern Sie ausdrücklich Probebeutel.
Vertreter: **Georg Bischof,** Hansastr. 20. Tel. Gitte 1242.

Luna-Park
Breslau-Morgenau Tel. Ring 7982 u. 8621
Heute Freitag:
Großes Garten-Konzert
Leitung: Kapellmeister W. Falkenhayn.
Auf den neu hergerichteten Garten-Terrassen
Wiener Schrammel-Konzert
Vollbetrieb im Vergnügungspark
Zweimal täglich Auftreten
(heute erstmalig) der berühmten Turnsoliskünstler-Truppe **Weitzmann**
Joe Gilbert akrobatische Springer auf dem Sprungseil
2 Excelsiors prism. Radfahrer-Nummer
Bei günstigem Wetter:
Großes Pracht-Feuerwerk.
Morgen Sonnabend: Volkstag. 1457

Voranzeige:
Morgen Sonnabend, den 23. Juni:
Artistenkinder in Not
Künstlerabend mit Ball
Auftreten von 10 ersten Künstlern.
Der Reinertrag fließt der „Artistenkinderspende" zu.

Wäsche-Anfertigung
für Herren, Damen und Kinder in eleganter und einfacher Ausführung. Uebernehme große Posten, ganze Ausstattungen, auch nach außerhalb schnellste Lieferung. Billigste Preise. Auf Wunsch abholen von Bestellungen.
Frau Elisabeth Barthel,
Breslau, Gutenbergstraße 29. 1205

Käufe

Kinderwagen aller Art, auch defekt, Untergestelle, Plauen kauft stets Scholz, Lessingstr. 11. 1045

Futter-Reste
G-Serge . . . 30—40000 Mk.
H-Serge . . . 20—30000 „
B-Serge . . . 18—25000 „
Kamelhaar . . 15—20000 „
Herrenfutter . 10—15000 „
Köper . . . . 8—10000 „
Poketing . . . 10—15000 „
S-Leinen . . . 6—10000 „
Garn . . . . 4—5000 „
Jute . . . . 3—5000 „
Für größere Posten od. Reste gute Extra-Preise. 740
Herb. Scholz, Wallbrechtsgasse 43

Kinderwagen aller Art, auch defekt, Untergest., Plauen k. z. höchst. Preis. Kunert, Gneisenaustr. 11

Futterreste!
Serge bis 35000 Mark
Herrenfutter 7—12000 „
Poketing 7—12000 „
Leinen 2—3000 „
Köper 5—10000 „
Garn 700—2500 „
1440 **kauft auch Original**
Lippert, Heinrichstraße 16.

Schall-platten, auch Bruch, kauft Kilo 2000 M. **M. Liedocke,** Stedgasse 8.

Futterreste!
Serge . . bis 40 000 Mk.
Herrenfutter „ 12 000 „
Poketing . „ 12 000 „
Leinen . . „ 10 000 „
Köper . . „ 10 000 „
Kaufe auch Original-Stücke. Auf Wunsch freie Abholung.
Schwitalla, Fosenerstraße 69 II.

Für die Redaktion verantwortlich: Reinhold Darl, für die Anzeigen: Max Tockus. — Redaktion: Grünstr. 48. — Hauptexped.: Flurstr. 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 22. Juni.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Abteilung Sandtor. Parteifunktionäre! Morgen Sonnabend, 23. Juni, abends 8 Uhr, bei Freier, Michaelisstraße 8: Versammlung. Vortrag des Genossen Duszag.

Städtische Betriebe. Vertrauensleute und Betriebsräte, die Mitglieder der VSPD. sind, Montag, den 25. Juni, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer 5: Wichtige Versammlung.

Distrikt 31. Sonnabend, abends 7½ Uhr: Wichtige Sitzung aller Funktionäre und des Festkomitees bei Langner, Augustastraße 196.

Post- und Telegraphenbeamte VSPD. heute, abends .. Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer 5: **Versammlung.**

Ferien-Wanderungen Breslauer Arbeiterkinder!

Die Anfragen unserer Schuljugend, ob in diesem Jahre die Ferien-Wanderungen Breslauer Arbeiterkinder wieder stattfinden, sind überaus groß. Deshalb sei an dieser Stelle mitgeteilt, daß die Wanderungen, die immer und immer wieder für unsere Arbeiterkinder Tage der ungetrübtesten Freude und Erlebens waren, auch in diesem Jahre mit Beginn der großen Sommerferien ihren Anfang nehmen und voraussichtlich in erweitertem Umfange durchgeführt werden. Dazu gehört aber Geld, viel Geld, umsomehr, da den an den Wanderungen teilnehmenden Kindern Unkosten bisher nicht entstanden. Und so soll es auch nach Möglichkeit bleiben. Deshalb haben die Naturfreunde als Veranstalter der Ferien-Wanderungen wie in früheren Jahren wieder die Gewerkschaften um materielle Unterstützung gebeten; außerdem zirkulieren in den Betrieben Sammellisten oder werden noch an die Betriebsräte-Obleute versandt. Wem aber eine solche Sammelliste nicht zur Zeichnung vorgelegt wird, der kann seine Spende für unsere Arbeiterkinder entweder auf das Ferienwander-Konto, Sparkasse Gewerkschaftshaus, an die „Volkswacht", Flurstraße 4/6, oder Volkswacht-Buchhandlung, Neue Graupenstraße 5/6, direkt abführen.

Kinderfreunde! Unterstützt die Bestrebungen der Naturfreunde, unsere Arbeiterkinder während der großen Sommerferien wenigstens auf Tage aus dem Steinhaufen unserer Großstadt in die freie Natur zu Lust und Fröhlichkeit und zum Erschauen der Natur mit ihren Schönheiten hinauszuführen! Spendet schnell und viel!

Touristen-Verein „Die Naturfreunde".

* * *

Von den Angestellten der Allgemeinen Ortskrankenkasse wurden für die Ferien-Wanderungen Breslauer Arbeiterkinder 144 900 Mark gesammelt; vom technischen Personal der „Volkswacht"-Druckerei 26 000 Mark.

Eine Hilfsaktion für Taubstumme.

Der Verein für den Unterricht Taubstummer hatte seine Mitglieder und Freunde am Mittwoch Nachmittag in die Taubstummenanstalt zu einer Besprechung geladen. Wie der Vorsitzende, Kaufmann Grczymek, betonte, ist es der harte Kampf ums Dasein gewesen, den viele Taubstumme zu kämpfen haben, der den Vorstand veranlaßte, eine Hilfsaktion für eine Sonderfürsorge in die Wege zu leiten. Mit dem Fortgang aus der Anstalt hört die Fürsorge auf. Da aber der übergroße Teil der Taubstummen der ärmeren Bevölkerung angehört, beginnt dann für diese ein schwerer Kampf um die Existenz. Aber auch viele alte und erwerbslose Taubstumme leiden schwer unter der Not der Zeit. Darum hat es sich der Verein angelegen sein lassen, für diese eine Sammlung in die Wege zu leiten.

Anstaltsdirektor Karth gab ein anschauliches Bild von dem Werdegang der Anstalt und ihrer Insassen. Mit welcher Liebe und Ausdauer er sich dieser bedauernswerten Menschen annimmt, zeigte die Vorführung einiger Zöglinge. Sie werden hier mit großer Sorgfalt und viel Mühe auf das künftige Leben vorbereitet, und da ist es bedauerlich, daß nach dem Verlassen der Anstalt manchem durchaus befähigten jungen Menschen die Mittel zu seiner ferneren Ausbildung fehlen. Das Geld, das für diese Zwecke verwandt würde, ist nutzbringend angelegt. Eine Anzahl ausgestellter Arbeiten, sowohl von Mädchen als auch von Knaben, zeugten von großem Geschick und es wäre nur zu wünschen, daß sich recht viele Gönner finden möchten, die den Beistandsbedürftigen den Weg ins Leben ebnen würden.

Achtung, Arbeiterjugend!

Alle Musikanten und Chormitglieder gehen Freitag, den 22. Juni nicht ins Heim, sondern finden sich Freitag, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer 13 zur Hauptprobe für die Sonnwendfeier ein. — Einlaßkarten für die Sonnwendfeier sind noch im Bezirkssekretariat der Arbeiter-Jugend, Zimmer 43a, für 100 Mark zu haben.

Arbeiterjugend. Die Spieler des „Bergfried" kommen heut Abend um 7 Uhr, im Gewerkschaftshause zur Probe zusammen.

Zur Sonnwendfeier versammelt sich die gesamte Arbeiterjugend pünktlich 7 Uhr abends am Regierungsgebäude. Auch alle Musikanten treffen sich dort. Abmarsch gegen 7½ Uhr. Die Spieler des „Bergfried" finden sich um 7 Uhr in der Erholungsstätte der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Grüneiche ein. — Teilnehmerkarten zu 100 Mk., sind noch bei den Jugendfunktionären und im Jugendsekretariat zu haben.

Das Mörderpaar zum Tode verurteilt.

Ein grausiges Bild von Not und Elend, aber auch von moralischer Verkommenheit wurde in der Schwurgerichtsverhandlung gegen den Kutscher Wilhelm Friebe und die Arbeiterin Marie Golleck aufgerollt. Friebe, seit dem November arbeitslos, die Golleck, bei der er wohnt, ernährt beide und ihr Kind durch Waschen und Bedienungen. Das reicht aber in dieser teuren Zeit lange nicht aus. Betten und anderes Hausgerät wurden versetzt oder verkauft. Das Mittagessen waren gekochte Kartoffelschalen. Und aus diesem Milieu heraus wurde die furchtbare Tat geboren. Niemand will den verbrecherischen Plan zuerst ausgesprochen haben, einer bezichtigt den andern. Und als sie sich nun durch das Verbrechen in den Besitz von Mitteln gesetzt hatten, gaben sie das Geld mit vollen Händen aus. Ein kurzer Traum von Besitz und Reichtum. Nach wenigen Tagen saßen sie hinter Gefängnismauern und nun hat ihnen der Wahrspruch der Geschworenen die Todesstrafe zudiktiert und die bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer aberkannt.

Es war eine furchtbare Tat, die hier gesühnt wurde. Mit einem Plattbolzen waren der 65jährigen Frau schreckliche Kopfverletzungen beigebracht worden. Der Schädel der Ermordeten, der sich an Gerichtsstelle befand zeigte mehrere große Löcher. Mit welcher Wucht der Mörder zugeschlagen haben muß, zeigten Blutspritzer in der Wohnung, die sich noch in 2 Meter Höhe befanden. Die Schädelverletzungen hätten aber vielleicht nicht zum Tode geführt; denn die Todesursache war Erstickung, die durch Zubinden von Mund und Nase mit einem Badetuch erfolgt war.

Das Todesurteil, das um ½11 Uhr abends erging, wurde von beiden Angeklagten mit stoischer Ruhe aufgenommen, ganz im Gegenteil zu ihrem Verhalten während der Verhandlung, wo besonders die Golleck oftmals in Tränen ausbrach.

Der Breslauer Stadthaushalt.

Gestern kam in der Stadtverordnetenversammlung der neue Haushaltsplan zur Beratung. Der Wichtigkeit des Gegenstandes entsprechend war der Zuhörerraum überfüllt. Nachdem der Kämmerer über den Stand der Gemeindeangelegenheiten berichtet, behandelt Genosse Darf den neuen Haushaltsplan in einer scharf kritisch gehaltenen Rede. Nach ihm ergriffen die drei Doktoren Hanke von den Demokraten, Herschel vom Zentrum und Bujakowski von den Deutschnationalen das Wort. Da am Abend noch die wichtige Versammlung mit Genossen Löbe im Gewerkschaftshause war, können wir wegen Raummangel heute nur die Rede des Genossen Darf wiedergeben, und müssen den übrigen Stadtverordnetenbericht auf morgen verschieben. Genosse Darf führte aus:

Auch der neue Haushaltsplan ist eine Erbschaft des verlorenen Krieges. Von Jahr zu Jahr gleitet die deutsche Wirtschaft, und damit auch unsere Gemeindewirtschaft immer tiefer hinab. Im vorigen Jahre sah der Haushaltsplan Ausgaben in Höhe von 1½ Milliarden vor, die mit einem Fehlbetrag von 118 Millionen ungedeckt blieben. Dieser Fehlbetrag wurde hier besonders umfangreich erörtert. In diesem Jahre werden die Ausgaben auf rund 156 Milliarden angegeben, und sie bleiben mit einem

Fehlbeträge von 18½ Milliarden

ungedeckt. Dabei mangelt diesen Ziffern jede Zuverlässigkeit. Sie sind längst überholt und wachsen von Woche zu Woche.

Das zeigt, wie wenig wir in den Gemeinden Herren unserer Lage sind. Die Erklärung liegt in dem fortschreitenden Verfall unserer Valuta, der seit der Ruhrbesetzung besonders katastrophal zutage getreten ist. Der Dollar stieg seit unseren letzten Haushaltsberatungen

von 300 auf über 100 000,

und das hängt mit der inneren und äußeren Politik des Reiches zusammen. Im vorigen Jahre ging es uns ganz gewiß nicht gut, aber wir durften Hoffnungen für die Zukunft hegen. Auf der Konferenz in Cannes waren die deutschen Reparationsverpflichtungen auf 2½ Milliarden Goldmark jährlich festgesetzt worden. Die Summe war für unsere durch den Krieg zerrüttete Wirtschaft noch zu hoch, insbesondere, nachdem wir Teile von Oberschlesien verloren hatten. Aber wenn wir bedenken, daß Deutschland nach dem Versailler Vertrage jährlich 8½ Milliarden, nach dem Londoner Ultimatum 4½ Milliarden zahlen sollte, dann zeigten die 2½ Milliarden von Cannes den Erfolg der Erfüllungspolitik. Wir durften hoffen, in nicht allzuferner Zeit zu Vereinbarungen im Rahmen der deutschen Leistungsfähigkeit zu kommen, sodaß dann mit der Ordnung im Reiche auch unsere Gemeindefinanzen wieder in Ordnung gekommen wären.

Aber in aller Welt gibt es Leute, denen

an Frieden und Verständigung nichts gelegen

ist. In Frankreich war das Ministerium Briand gestürzt worden, weil es Deutschland zu weit entgegengekommen sein sollte, und Poincaré hatte das Staatsruder ergriffen. Jener Poincaré, den die französischen Sozialisten mit Recht zu den Mitschuldigen am Weltkriege zählten, trug sich sicher von vornherein mit dem Gedanken der Ruhrbesetzung. Und die nationalistischen Kreise in Deutschland halfen ihm zur Verwirklichung seiner Pläne. Statt sich hinter die Regierung Wirt zu stellen, die immerhin Erfolge aufzuweisen hatte, brach eine

verschärfte Hetze gegen die Erfüllungspolitik

los, zu welcher Politik sich inzwischen alle Parteien bekennen mußten. Die Reichsminister wurden als die Geldeintreiber des Auslandes beschimpft. In der nationalistischen Presse wurde täglich nach der Ruhrbesetzung geschrien. Ja, die Franzosen sollten sogar ganz Deutschland besetzen, aber sie würden sich hüten, bei uns einzumarschieren. Den Höhepunkt erreichte diese Hetze am 24. Juni; an diesem Tage war

Minister Rathenau eine Leiche.

Am folgenden Tage stieg der Dollar zum ersten Male auf 350, und er stieg dann täglich weiter bis auf 6—7000 im Herbst. Die Sabotage der Erfüllungspolitik war durch den Mord auf eine Reihe von Monaten erreicht. Agrarier und Industrieritter zogen aus der Geldentwertung ihren Gewinn, und betrogen Staat und Gemeinden um die notwendigen Steuern, die sie mit entwertetem Gelde bezahlten. Nur die Arbeiter, Angestellten und Beamten erfüllten ihre Steuerpflicht, alle anderen versagten. Darin liegt die Quelle des wachsenden Elends auch in den Gemeinden.

Endlich waren im Herbst die Folgen des Rathenaumordes soweit überwunden, daß

eine neue Gefahr für die Sachwertbesitzer

drohte. Neue Verhandlungen mit der Entente waren angebahnt, und diese galt es von vornherein zu sabotieren. Die Industrie erschien auf dem Plan, mit der Behauptung, die Sozialdemokraten seien für das Ausland nicht diskontfähig. Diesmal mußten die Verhandlungen von den potenten Kreisen der deutschen Wirtschaft geführt werden. Als dann

ausgerechnet am Bußtage

die Ministerliste des Kabinetts Cuno bekannt wurde, war es ziemlich klar, daß nun das deutsche Volk schwerer als [illegible] dafür zu büßen haben würde, daß es bei den letzten Reichstagswahlen in solcher Zahl auf die Deckungen der Kreise gehört hatte, die es immer verstanden haben, ihr eigenes Wohl für das Wohl der Allgemeinheit auszugeben.

Die schlimmsten Befürchtungen sind heut übertroffen. Poincaré hat sein Ziel erreicht. Die Regierung Cuno ist daran weniger schuld, als die Dummheit der Wähler bei der letzten Reichstagswahl und die Mordhetze unserer Chauvinisten. Die gänzliche Erfolglosigkeit der deutschen Politik im letzten Halbjahr, trotz des heroischen Abwehrkampfes der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen den Ruhreinmarsch, wirkt sich bei uns in der Gemeinde in immerwährenden

Lohn- und Gehaltserhöhungen infolge der Geldentwertung

aus. Zwangsläufig müssen wir fast in jeder Sitzung riesige Milliardenbeträge bewilligen, und als Deckungsmittel bleiben uns immer nur erhöhte Gebühren. Alle Steuern haben bei der Geldentwertung beinahe ihren Sinn verloren. Die

Betriebswerke sind die Eckpfeiler unserer Verwaltung,

hätten wir diese nicht, dann wäre die städtische Verwaltung längst außer Funktion gesetzt.

Wenn man die Ziffern des neuen Haushaltsplans durchgeht und nach ihrer Bedeutung forscht, wird man geradezu von Grauen erfaßt. Die Aufblähung infolge der Geldentwertung ist noch nicht das Schlimmste, weit schlimmer sind die prozentualen Verschiebungen innerhalb des Planes. Im vorigen Jahre wurden die Ueberschüsse der städtischen Betriebe auf 68 Millionen, und die der Finanzverwaltung auf 370 Millionen geschätzt. Die Finanzverwaltung lieferte also fast den sechsfachen Ertrag der Betriebsverwaltungen. In diesem Jahre wird der Ertrag der Betriebsverwaltungen auf 12½ Milliarden, der der Finanzverwaltung auf 19 Milliarden angegeben, sodaß die Finanzverwaltung nicht einmal das Doppelte der Betriebsverwaltungen einbringt.

So sieht es bei oberflächlichem Hinsehen. Sieht man genauer hinzu, dann wird es noch schlimmer, denn unter den Einnahmen der Finanzverwaltung findet man zum ersten Male

9¾ Milliarden Kämmereizuschläge zu den Gas-, Wasser- und Strompreisen

verbucht. Diese darf man der Finanzverwaltung abziehen und den Betriebswerken zuzählen, und dann ergibt sich, daß

die Betriebswerke 21¾ Milliarden, die Finanzverwaltung nur 9¼ Milliarden

Ueberschuß liefert.

Dabei sind Ueberschuß- und Zuschußbetriebe gegen einander aufgerechnet. Viel drastischer wird noch das Bild, wenn man

Steuern und Gaspreis

besonders herausgreift. Die direkten und indirekten Steuern sollten im Vorjahre abzüglich der Verwaltungskosten 371 Millionen bringen, das Gaswerk 95 Millionen. Mithin sollten die Steuern den vierfachen Ertrag des Gaswerks bringen. In diesem Jahre wird der Ertrag der Steuern auf 9 Milliarden, der Ertrag des Gaswerks auf 12¾ Milliarden geschätzt.

Letztere Ziffer ist wieder eine Irreführung, denn zu den 12¾ Milliarden treten noch 6 Milliarden Kämmereizuschläge zum Gas, sodaß die Stadt

aus dem Gaswerk 18¾ Milliarden, aus allen Steuern nur 9 Milliarden

zieht, und wenn von diesen 9 Milliarden die Hälfte aus den Erträgnissen der Reichssteuern stammt, dann entsteht die aufreizende Frage:

Was zahlen die Reichen in Breslau für Steuern?

Ein solcher Zustand war im vorigen Jahre noch nicht; er hat sich erst im letzten Halbjahr herausgebildet. Die Schuld liegt an der gegenwärtigen Reichstagsmehrheit und an der Regierung Cuno.

Man scheut sich vor jeder Besitzbelastung und lebt zugleich in Furcht vor der Arbeiterschaft. Aus diesem Grunde läßt man allen Dingen ungehindert ihren Lauf. Das Landessteuergesetz, das den Städten neue Mittel der Existenz bieten, am letzten Neujahr in Kraft treten sollte, ist unter der Regierung Cuno bis heut noch nicht fertig geworden. Man bringt es nicht zustande, weil man den Städten ein Zuschlagsrecht zu den hohen Einkommen nicht geben will, und die Sozialdemokraten Obstruktion dagegen machen, daß die breiten Massen durch neue Verbrauchssteuern noch stärker belastet werden.

Wer mit dem Gaspreis unzufrieden ist,

der muß auf die Regierung Cuno und auf die heutige Reichstagsmehrheit schimpfen, und nicht auf unsere Stadtverwaltung, die an den Dingen unschuldig ist.

Unser kultureller Abstieg

wird durch die Ziffern des Haushaltsplanes nicht weniger grauenhaft beleuchtet. Schon im vorigen Jahre hatte ich zu beklagen, daß die Aufwendungen der Stadt für Kunst und Wissenschaft ständig zurückgehen. Während nun unter der Geldentwertung alle Ausgaben im Durchschnitt um das Hundertfache gestiegen sind, wird für Kunst und Wissenschaft nur der fünfzigfache Betrag bereitgestellt.

Die Aufwendungen für Schulzwecke

müßten bei einer Verhundertfachung des vorjährigen Betrages heut 10 Milliarden betragen; es sind aber nur 7 Milliarden eingesetzt. Die fortschreitende geistige Verkümmerung des Volkes, die aus solchen Zahlen spricht, läßt für unsere Zukunft das Schwerste befürchten.

Die Ausgaben für das Wohlfahrtsamt

haben sich aber nicht nur verhundertfacht. Sie hätten sonst heut mit 26 Milliarden im Plane erscheinen müssen, während bereits **34 Milliarden** gefordert werden. Jede fünfte Person in Breslau ist unterstützungsbedürftig. 112 000 Personen werden zurzeit durch das Wohlfahrtsamt unterstützt. Die vielen tausend Arbeitslose sind dabei nicht mitgezählt. Die Unterstützungen selbst reichen kaum, um die Betreuten vor dem Verhungern zu schützen, und unendlich viel Elend besteht, ohne daß die Stadt Hilfe leistet.

Weitere Elendsbilder

finden sich zerstreut in allen Einzelplänen. Von 200 Beamtenstellen, die gespart werden, sind 30 bei der Feuerwehr, was beinahe wie ein Verhängnis droht. In den Bureaus kann eine weitere Ersparnis von Kräften nicht erfolgen, weil die fortgesetzten Umrechnungen der Löhne, Gehälter und Preise infolge der rasenden Geldentwertung einen großen Apparat der unproduktiver Arbeit festhalten. Der Gasverbrauch ist auf 57 Millionen Kubikmeter geschätzt, das sind 5 Millionen Kubikmeter weniger als im Vorjahre. Dabei geben wir 2½ Millionen Mark für Werbezwecke aus, um zum Gasbezug anzuregen, und man zwingt die Bedürftigen zum stärkeren Gasverbrauch, indem man ihre Anlagen als unrentabel beseitigen will. Auch der Wasserverbrauch verringert sich schätzungsweise um 400 000 Kubikmeter, weil das Elend selbst dem Reinlichkeitsbedürfnis der Bevölkerung widerstreitet. Wir merken auch bei der Stadt, wie nach jeder Preiserhöhung die Benutzung der Brausebäder zurückgeht. Unsere Promenaden würden überall noch denselben trostlosen Anblick der Kriegszeit tragen, wenn es der Gartenverwaltung nicht gelungen wäre, von den Anliegern etwas Geld zur Wiederherstellung einzelner Anlagen der bebauten Stadt zu erlangen.

Die Straßenbeleuchtung

wird im nächsten Winter endlich etwas besser. Statt bisher 2700 werden 3200 Gasflammen, und statt 306 elektrischen Lampen künftig 325 brennen. Das ist auch sehr nötig, denn die

379 Millionen für die staatliche Polizei,

die Breslau zu zahlen hat, sind zum Teil umsonst aufgewendet, wenn die nächtliche Finsternis auf den Straßen das Verbrechertum begünstigt. An weiteren Leistungen für staatliche Zwecke seien hier erwähnt, daß uns die Standesämter 100 Millionen, die gewerbliche Rechtsprechung 133 Millionen, das Wohnungskommissariat 151 Millionen kosten. Für die Baupolizei wenden wir 128 Millionen auf.

Die Arbeitslosigkeit

hatte in der letzten Zeit einen ganz erschreckenden Umfang. Die Aufwendungen für Erwerbslose werden in diesem Jahre auf 2¾ Milliarden geschätzt. Nach Abzug der staatlichen Leistungen wird der Zuschuß der Stadt auf 394 Millionen berechnet.

Der Plan der direkten und indirekten Steuern ist geradezu

Aufreizung zum Klassenhaß.

Die Gewerbesteuer, die im vorigen Jahre mit 150 Millionen ein Zehntel aller städtischen Einnahmen brachte, und die im gleichen Verhältnis mit 19 Milliarden zu veranschlagen wäre, ist mit ganzen 2½ Milliarden eingesetzt. Man ist versucht zu fragen, wie der Kämmerer es überhaupt auch nur wagen kann, uns so etwas zu bieten. Die Gewerbesteuer ist nach der Steuerordnung, die wir schufen, die gerechteste von allen Breslauer Steuern. Die Kleinen sollten geschont und die potenten Kreise kräftig herangezogen werden. Und wenn diese Quelle nun nicht kräftig zum Fließen gebracht wird, dann ist das

ein Verbrechen an den kleinen Leuten.

die die Gasteuer tragen. Die Schuld liegt allerdings auch hier wieder in Berlin, bei der Regierung Cuno und der heutigen Reichstagsmehrheit. Durch das Geldentwertungsgesetz wurde die Einkommensteuer sabotiert. 90 Prozent dieser Steuer wird heut von den Lohn- und Gehaltsempfängern aufgebracht; der Rest von allen anderen. Auch unsere Gewerbesteuer ist durch das Geldentwertungsgesetz sabotiert worden. Ein hiesiger Großkaufmann erzählt: „Ich habe im vorigen Jahre gut gelebt; ich bin Automobil gefahren, und bin auch nicht ärmer geworden, aber nach dem Geldentwertungsgesetz habe ich ein Defizit von 56 Millionen!" Der Mann schämt sich vor seinen Angestellten wegen der geringen Steuern, die er zu zahlen hat. Auch Landwirte gibt es, die Scham empfinden über die Wirkungen des Geldentwertungsgesetzes.

Dem schäbigsten Eigennutz der Raffke-Kompagnie,

ist mit diesem Gesetz Rechnung getragen worden. Jetzt wird die Gewerbesteuer umgearbeitet; in der Hauptsache soll eine Lohnsummensteuer aus ihr werden. Bei drei beschäftigten Arbeitskräften soll sie beginnen und zwar vorläufig mit 0,2 Prozent des gezahlten Lohnes.

Eine große Ungerechtigkeit droht

dabei, indem die Industrie mit ihrer großen Arbeiterzahl viel stärker belastet wird, als das ertragreiche Bankgewerbe mit einem verhältnismäßig geringen Personalbestand. Und dem wenig ertragfähigen Handwerk droht gleichfalls eine zu starke Belastung. Die Kleingewerbetreibenden, die sich vom Bürgerbund zum

Steuerprotest mit Ladenschluß

hinreißen ließen, als unsere Mehrheit eine gerechte Steuerordnung schuf, wird jetzt wirklich Anlaß haben, gegen das zu protestieren, wozu die Stadt von Berlin her genötigt wird. Der kleine Handwerker wird seine Lohnsummensteuer zahlen, der Schieber Raffke aber, dessen Gewerbebetrieb aus einem Telephon, einem Notizbüchel in der Westentasche, und einem Tippfräulein besteht, womit er seine Millionen verdient, der zahlt gar nichts, und beträgt obendrein Staat und Gemeinde auch noch um Einkommen- und Umsatzsteuer.

Im übrigen wird die neue Steuerordnung noch vor den Stadtverordnetenwahlen erledigt und unsere Mehrheit wird versuchen, unter möglichster Schonung der Kleingewerbetreibenden an den Besitz der potenten Kreise heranzukommen.

Zum Schluß wandte sich der Redner in längeren und sehr scharfen Ausführungen gegen den Kämmerer, der trotz des völligen Versagens seines Finanzdezernats im Vorwort zum Haushaltsplan sein arbeiterfeindliches Steckenpferdchen gegen den Achtstundentag besteigen zu müssen glaubte.

Zur Bekämpfung des Kartoffelmangels.

Das städtische Presseamt teilt mit:

Die ersten, vom Magistrat beschafften Kartoffeln sind heut in Breslau eingetroffen und in der Markthalle I am Ritterplatz verteilt worden. Da infolge des herrschenden Mangels sich bald ein übermäßiger Andrang von Käufern bemerkbar machte, der die reibungslose Abgabe erschwerte, wird der Magistrat die zu erwartenden weiteren Sendungen durch die beiden Konsumvereine in den verschiedenen Stadtteilen absetzen lassen.

Die nationalistische Hetze

macht sich zurzeit wieder erheblich breit. So befand sich am 11. Juni im Lokal von Hennig auf der Hinterbleiche ein Herr, der studiert haben wollte, und der sich in schwer beleidigenden Ausdrücken gegen Minister Severing erging, der den Rechtsbolschewisten zurzeit besonders schwer im Magen liegt. Von einem kleinen Beamten zur Rede gestellt, war er zuerst frech, und erklärte, es würde für ihn eine Ehre sein, wenn er nach dem Gesetz zum Schutze der Republik bestraft würde. Als der Beamte nun aber nach der Polizei ging, verdufteten der Tapfere schleunigst, sodaß er von dem erscheinenden Polizeiposten nicht mehr festgenommen werden konnte. Das schönste ist, daß der wohlgenährte Wirt oder Ausschänker dem Hetzer lebhaft beipflichtete. Er machte dann ein recht langes Gesicht, als die Polizei erschien. Daß sich Arbeiter in sein Lokal setzen, verdient er nach solchen Erfahrungen nicht.

---

* **Distrikt 32.** Sonntag, den 24. Juni nach Weidenhof. Treffen 1 Uhr, Abfahrt 1½ Uhr. Sonntagsfahrkarten 700 Mark.

Sonntag, den 1. Juli: Spaziergang nach Ottaschin, Hartlieb, Dürrgoy. Treffen 1½ Uhr, Lohe- und Ecke Wildenbruchstr.

Sonntag, den 8. Juli: Großes Garten- und Kinderfest in Opperau, Umzug mit Musik vom Straßenbahn-Depot, Steinstraße Ecke Lohestraße. Abmarsch Punkt 1½ Uhr. Eintritt 600 Mark, Kinder 100 Mark.

* **Auf die Vorstellung der streikenden Künstler** am Sonntag, im Gewerkschaftshause, sei auch hiermit wieder hingewiesen. Von 5 Uhr ab ist im kleinen Saale Tanz und abends im großen Saale die Vorstellung. Nähere Mitteilungen erfolgen morgen.

* **Von der Universität.** In den am nächsten Montag, den 25. Juni, beginnenden und bis zum 6. Juli währenden Amerikakursen an der hiesigen Universität, zu denen die Hörerscheine im Englischen Seminar (Schmiedebrücke 35 II) von 11½—1 Uhr und 5—7 Uhr zu haben sind, werden die amerikanischen Universitätslehrer teils in englischer, teils in deutscher Sprache vortragen und zwar wird der Vortrag von Professor Boas von der Columbia-Universität über das Negerproblem in den Vereinigten Staaten in deutscher Sprache stattfinden, Professor Rockwell wird den allgemeinen Vortrag über die deutsch-amerikanischen Beziehungen gleichfalls deutsch, die anderen Vorträge auf englisch halten. Ebenso wird Professor Hall seine Vorträge über die historischen Grundlagen des politischen Lebens in Amerika englisch halten. Die übrigen Vortragenden, die Herren Professoren Bornhausen, Dietrichs, Kühnemann, Lehmann und Jekutsch, sprechen deutsch.

* **Amtlicher Wetterbericht.** Die Störungen scheinen uns vorläufig verschonen zu wollen. Schwere Luftmassen breiten sich auf dem Festlande aus und verursachen hier allgemeinen Druckanstieg, sodaß mit einer Besserung der Lage gerechnet werden kann. — Freitag: Wolkig und später schon zeitweise aufheiternd. Temperatur langsam zunehmend bei mäßigem, westlichen Winde.

* **Bund der Kinderreichen** (Bezirk Gräbschen). Sonntag, 24. Juni, vormittags 9 Uhr, Versammlung im Zeichensaal der Schule Kleiststraße (Ecke Siebenhufener-Straße). U. a. Vortrag über Bodenreform.

* **Scheidung im Feuerbestattungsverein „Flamme".** Die bisher noch dem Feuerbestattungsverein „Flamme" angehörenden Freidenker werden anscheinend vollzählig ihren Austritt erklären, weil der Vorsitzende die Haltung des Freidenkervereins für Feuerbestattung in den Versammlungen vom 20. und 30. April in unzutreffender und unsachlicher Weise kritisierte, und die seltsame Meinung vertrat, daß die Kirchenaustrittspropaganda der Freidenker dem Feuerbestattungsgedanken schade. Dabei hat der Freidenker-Verein für Feuerbestattung, der im März nach Breslau kam, schon mehr Mitglieder, als der Verein „Flamme" nach 26jährigem Bestande.

* **Verloren** wurde am 18. Juni auf der Garvestraße gegen 5 Uhr nachmittags eine schwarze Samttasche, in der sich 195 000 Mark Armengeld und 10 Brotkarten befanden. Ein vorüberfahrender Droschkenkutscher hob sie auf und hat sie bisher, trotzdem sich die Adresse der Verliererin in der Tasche befand, nicht abgegeben. Der Kutscher wird gebeten, es noch zu tun, da das Geld ersetzt werden muß. Die Tasche kann auch in der „Volkswacht" abgegeben werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Die freien Gewerkschaften und die wertbeständigen Löhne.

Die Frage der wertbeständigen Löhne ist gestern innerhalb der freien Gewerkschaften geklärt worden. Der „Vorwärts" veröffentlicht einen Beschluß, der das Ergebnis von Beratungen mit anderen freigewerkschaftlichen Spitzenverbänden enthält.

Zur Sicherung der Wertbeständigkeit des Arbeitseinkommens wird darin empfohlen: Ausgangspunkt aller Lohnverhandlungen ist vorerst der tariflich festgesetzte Lohn. Der Grundlohn wird jeweils für die Dauer des tariflichen Lohn oder Gehaltsabkommens neu vereinbart. Die während der Tarifperiode eintretende Aenderung der Kaufkraft der Mark ist durch beweglichen Zuschlag zum Grundlohn auszugleichen. Diese Zuschläge haben nach einem der Geldentwertung entsprechenden Index zu erfolgen. Dieser Index soll allwöchentlich ermittelt und veröffentlicht werden. Es wird ferner die Verkürzung der Gehaltszahlungsfrist allermindest auf 14 Tage und weiter für größere Anschaffungen die Einrichtung wertbeständiger Sparanlagen vorgeschlagen. Die Schlichtungsausschüsse sollen entsprechende Anweisung erhalten. Auch sollen obige Grundsätze auf die Arbeitnehmer des Reiches, der Länder und der sonstigen öffentlichen Körperschaften angewendet werden.

Die Beamten fordern rasche Anpassung der Gehälter an die Geldentwertung.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat nach Beratung der wirtschaftlichen Lage der Beamtenschaft und deren Entwicklung beschlossen:

1. Der seit Jahren vorhandenen, in der letzten Zeit ganz besonders rapid vor sich gehenden Geldentwertung und damit verbundenen ungeheuren Preissteigerung ist das Beamteneinkommen zeitlich und quantitativ nicht genügend angepaßt worden und dadurch dauernd in seinem Realwert gesunken. Dieser ist zurzeit auf einem derartigen Tiefstand angelangt, daß daraus nicht nur eine ernstliche Gefahr für die Erhaltung des Beamtentums, sondern auch für das Staatswohl entsteht. Um die dringend notwendige Anbahnung einer Hebung der Kaufkraft des Beamteneinkommens herbeiführen zu können, ist zunächst deren Erhaltung und Schutz vor weiterem Herabgleiten erforderlich.

2. Weite Kreise der deutschen Wirtschaft sind längst dazu übergegangen, anstatt mit der entwerteten Papiermark mit beständigen Wertmessern zu rechnen. Diese einseitige Flucht aus der Mark mit ihren Begleiterscheinungen und Folgen hat nicht nur die Verelendung der Nichtbesitzenden beschleunigt, sondern auch die Finanzwirtschaft des Staates, der fast allein noch an der Papiermarkrechnung festhält, fast vollständig ausgehöhlt. Beide Mißstände müssen daher auch mit demselben Mittel bekämpft werden.

3. Dies hat zu bestehen:

a) für die Beamtenbesoldung durch eine wirtschaftliche und zeitlich rasche Anpassung an die Geldentwertung, d. h. durch automatische Veränderung der nominalen Papiermarkbesoldung an Hand eines in kurzem Zeitraum zu ermittelnden und zu veröffentlichenden zuverlässigen Preisindex.

b) für die Reichs- und Staatsfinanzen ebenfalls durch automatische Veränderung der Nominalhöhe auch der Besitzsteuern, die sich der Geldentwertung ebenso anzupassen haben wie die von den Arbeitnehmern und Beamten entrichteten direkten und indirekten Steuern. Durch eine derartige gerechtere Verteilung der Inflationssteuer, die heute ausschließlich von den nichtbesitzenden Schichten des Volkes getragen wird, wird gleichzeitig auch der Inflation selbst wesentlich gesteuert.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes fordert von der Reichsregierung die alsbaldige Durchführung der wirtschaftlichen Geldentwertungsanpassung des Beamteneinkommens und wird sich gemeinsam mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Afabund für den Schutz der Arbeitskraft vor weiterer Schädigung einsetzen. Erst wenn der Schleier der Geldentwertung von der Besoldungsentwicklung der Beamtenschaft weggezogen ist, wird der Kampf um die Hebung des wirtschaftlichen und sozialen Niveaus der Beamtenschaft auf klarer Grundlage geführt werden können.

Landarbeiterstreik.

Die „Schlesische Zeitung" behauptet in ihrer letzten Nummer, der Landarbeiterstreik sei im Abflauen begriffen und bezweckt damit, die landwirtschaftlichen Arbeitgeber zum Ausharren aufzupeitschen. Richtig ist, daß auf einer Anzahl Güter die Arbeit aufgenommen werden konnte, weil die Forderungen, die inzwischen bedeutend erhöht wurden, bewilligt wurden. Der Kampf geht unentwegt weiter.

Verhandlungen im Landarbeiterstreik.

In den letzten Tagen sind in einer Anzahl Kreise die Arbeitgeber direkt oder durch Vermittelung an die Kreisleiter des D. L. V. herangetreten, um durch kreisweise Verhandlungen den Streik beizulegen. Der Deutsche Landarbeiterverband ist zu Verhandlungen bereit, wird aber von den kreisweisen Verhandlungen vorerst absehen, da am Sonnabend, den 23. Juni, die Parteien durch das Arbeitsministerium nach Breslau auf das Oberpräsidium geladen sind und erwartet wird, daß der Streik durch zufriedenstellende Vereinbarungen beigelegt werden kann.

Forstarbeiterstreik.

Anfang dieser Woche verhandelte der land- und forstwirtschaftliche Arbeitgeberverband mit dem Deutschnationalen Zentralverband unter Ausschluß des Deutschen Landarbeiterverbandes über die neuen Lohnsätze für Monat Juni. Wie nicht anders zu erwarten, ist der Deutschnationale Zentralverband dem Arbeitgeberverband in puncto niedriger Lohnsätze sehr weit entgegengekommen. Die Stundenlöhne sollen 1800—2000 Mark betragen. Die Forstarbeiter im Riesengebirge verlangen bedeutend höhere Lohnsätze und Verhandlung mit dem Deutschen Landarbeiterverband. Die Gräflich Schaffgotschsche Forstverwaltung erkennt an, daß die Lohnsätze viel zu niedrig seien, könne aber als Mitglied des Arbeitgeberverbandes über die Lohnsätze nicht hinausgehen. Deshalb legten zirka 300 Forstarbeiter die Arbeit nieder. Da schädliche Käfer im Anzuge sind, besteht auch hier die Gefahr eines Milliardenschadens. Die Forstarbeiter des Waldenburger und Eulengebirges und der Heuscheuer dürften sich in den nächsten Tagen dem Streik anschließen. Die Forstarbeiter Schlesiens, die zu 80% dem Deutschen Landarbeiter-Verband angehören, lassen sich von einer gelben Organisation, die kaum zu Bäckerdutzend Mitglieder aufweist, nicht Hungerlöhne aufdringen.

Vom Breslauer Artistenstreik.

Die Direktoren versuchten sich zu einigen, aber unter der von der Zentralstreikleitung in Berlin festgesetzten Höhe. Einstimmig lehnte die gestrige Versammlung das Angebot der Direktoren ab.

Unsere Valuta.

Es wurden an der Berliner Börse gezahlt:

	21. 6.	20. 6.
für 1 amerikanischen Dollar	126682,00 Mk.	129675,00 Mk.
„ 1 englisches Pfund	583687,00 „	605981,00 „
„ 1 französischen Frank	7905,00 „	7980,00 „
„ 1 holländischen Gulden	49625,50 „	51371,00 „
„ 1 Schweizer Franken	22743,00 „	23241,50 „
„ 100 österreichische Kronen	182,54 „	176,55 „
„ 1 tschechische Krone	3835,00 „	3720,50 „
„ 1 dänische Krone	22743,00 „	22244,00 „
„ 100 polnische Mark	—,— „	111,50 „

Wasserstand

vom 22. Juni 1923.

Ratibor	1,70	Breslau (Unter-Pegel)	0,92
Krappitz	2,22	Ransern (Ober-Pegel)	4,52
Kosel	0,87	„ (Unter-Pegel)	2,36
Brieg (Mastenkran)	2,81	Dyhernfurth	1,88
Neissemündung (Ober-Pegel)	3,80	Treschen	1,39
Neissemündung (Unter-Pegel)	2,10	Wasserwärme: + 14°.	
Breslau (Ober-Pegel)	5,08		

Drei unnütze Dinge.

Von Alfred Polgar.

I.

Ich besitze einen Browning.

Der Maler J. hat ihn mir geschenkt. Der ist stark wie eine Zumutung und braucht keine Waffen. Er schlägt einen Feind mit der Faust nieder, zieht ihm die Haut ab und verkauft das übrige an den Fleischhauer. Es ist eine reinliche Methode.

Ich aber bin ein belasteter, verfeinerter Mensch mit einer primissima Psyche. Mir tut der Browning not. Seit ich ihn besitze, fühle ich mich von Mordbereitschaft, Blut und Männlichkeit umwittert. Ueberhaupt: ich fühle mich seither! Ich spanne Muskeln, die ich nicht habe, und stürze mich courageiert in mancherlei Haß, den ich nicht empfinde. Seit ich eine ungeheure Energie in meines Schreibtischs Lade schlummern weiß, lache ich der Ohnmacht in meines Herzens Schrein.

Mein Browning ist fest, gedrungen, grauschwarz, glänzend. Ich ließ ihn beim Waffenhändler rüchtig einfetten; er sieht seither viel jünger und unternehmungslustiger aus. Sechs messinggelbe Patronen hat er stets in seiner stählernen Backentasche. Wenn man ihn mit dem entsprechenden Griff reizt, schnappt er zu, eine Messinggelbe springt in seinen Schlund — und nun ist es besser, sich nicht weiter mit ihm zu beschäftigen.

Manchmal setze ich den geladenen Browning, Finger am Hahn, an die Schläfe. Die Sekunde ist schwer von angstvoller Seligkeit. Ein unendlich erregendes, wollüstiges Grauen flieht aus dem Mißverhältnis: zwischen der Winzigkeit der Bewegung, die jetzt getan werden müßte, und der Größe der Gewißheit, daß ich diese Bewegung nicht tun werde.

Mein Browning schläft, mit vollen Backentaschen, auf einem Stoß von Briefen, Freundes- und Liebesbriefen. Ein hochsymbolischer Briefbeschwerer. Er symbolisiert: die reinliche Erledigung, die gute Replik, die ideale Antwort. So liegt er auf seinem zusammengedrückten papierenen Kissen, tückisch schweigend, fest glänzend der Selbstzufriedenheit mit seiner Kälte, seinem Eisengrau und seiner Härte — und träumt doch gewiß von etwas Warmem, Rotem, blutrosig Sickernden.

Durch das kleine, runde Loch, das ihm Auge, Maul und After in einem ist, sieht man in seine „Seele". Sie ist schwarz, leer, kalt und eng. So eng, daß nicht einmal Elisabeths kleiner Finger hineinginge.

Oft spielen meine Gedanken um die zierliche Todesmaschine . . . Ich gehe nachts auf einsamer Straße. Ein unheimlicher Mensch nähert sich, schnaubend von bösen Plänen. Ich lasse ihn herankommen; dann hebe ich blitzrasch die Hand, und das Auge meines Brownings stiert den Kerl hohl und glänzend an. O, wie er läuft! . . . Aber wenn er nicht liefe? Wenn er doch näher käme? Würde ich schießen? . . . Ich glaube fast, eine Hand ohne Browning, aber zum Schuß entschlossen, ist eine bessere Waffe als der Browning in einer zögernden Hand.

Ich liebe dieses kleine, adrette, dunkel gleißende, wohlgefällige Stück Eisen.

Es regt melancholisch an. Man bemitleidet sich besser in der Browning-Perspektive. Man ist lebhaft gerührt bei dem Gedanken, daß mit seiner Hilfe die erste vernünftige Handlung zu begehen wäre, und genießt die Pointe, daß diese erste Vernunft sich mit der ultima ratio decken würde.

Oft allerdings kommt mir der Verdacht, mein Browning sei wirklich nur ein Briefbeschwerer — weil er eben mein Browning ist.

II.

Ich besitze eine Geliebte.

Die schenkte mir mein Freund, der Buchhändler D., der ohnehin schwer magenleidend ist. Aber mir tut eine Geliebte not. Von Geldsorgen allein kann ein Mensch meiner differenzierten Art nicht sein ganzes Elend bekreiten.

Elisabeth hat außerordentlich viel Aehnlichkeit mit meinem Browning. Sie ist klein, blank und gefährlich. Sie liebt es, sich einzufetten, und sieht dann viel jünger und unternehmungslustiger aus. Sechs Projektile hat sie stets parat (zum Teil ebenfalls in ihren Backentaschen). „Idiot" heißt das eine, „Selbstmorddrohung" das andere, „Schreikrampf" das dritte, „Tränen" das vierte, „Du liebst mich nicht" das fünfte, „Ich tu', was ich will", das sechste. Wenn sie gereizt wird, schnappen die Sicherungen ihrer Liebenswürdigkeit ab, und dann ist es besser, ihr aus dem Wege zu gehen.

Meine Geliebte schläft in einem Bettchen mit blauseidener Decke. Dort ruht sie wie in ihrem Futteral. Ich küsse ihr duftiges weiches, zu kindisch-kapriziösen Ringelchen verwirrtes Haar. Aber das könnte ein Trug meines verliebten Tastgefühls, meiner verliebten Optik, meiner verliebten Nasenschleimhäute sein. Ungeblendete Augen sähen vielleicht ein Medusenhaupt mit komplizierter Schlangenfrisur.

Ihre Seele ist leer, kalt, eng. Wie die meines Browning . . Die Analogie ist ein wenig trampfhaft. Aber wenn ihr wüßtet . . .

Oft spielen meine Gedanken um die teure Frau . . . Sie liege ihr zu Füßen, verrate die Welt und mich, mein Hirn und mein Herz, meine redlichste Redlichkeit, mein bestes Wissen, meine feinen und meine starken Beziehungen zu Menschen und Dingen, meinen Stolz und alle Größe meiner Seele. Sie aber will, daß ich meine Lügen als Erkenntnisse beschwöre, daß ich auch noch den Verrat verrate.

Oder es kommt einer daher, mit dem sie mich betrügt, zieht höflich den Hut und sagt: „Guten Tag." Ich aber richte mich hoch auf, lasse Elisabeths Hand aus der meinen gleiten, und über mein Gesicht spielen schon die Schatten der Worte, die ich sofort, groß und einfach, sprechen werde: „Nehmen Sie die Dame, mein Herr! Sie ist Ihr Eigen!" O, wie er läuft! . . . Aber wenn er nicht liefe, wenn er näher käme und die Hand nach der Dame ausstreckte? Würde ich sagen: „Nehmen Sie . . ."? Ich glaube fast, in der Liebe sind offene Türen das sauberste Schutzprinzip. Gestohlen wird so und so. Aber man hat doch lieber mit Hundertheimlichern zu tun als mit Einbrechern.

Von meiner Geliebten zu meinem Browning spannt sich ein schlanker logischer Bogen; mit einem einzigen Stützpfeiler. Und der heißt: Lebensüberdruß.

III.

Ich besitze einen Willen.

Den habe ich von meinem Vater, der ein edler Mann war, nie seine Chance nützte, Recht tat und Unrecht duldete, sein Talent verdorren ließ und denen diente, die nicht wert waren, ihm zu dienen.

Mein Wille macht einen invaliden Eindruck. Aber das ist begreiflich. Kaum eine Niederlage meines Lebens, bei der er nicht dabei gewesen, in den hintersten Reihen fechtend, als erster auf der Flucht, am längsten im Spital, am eiligsten bei der Kapitulation.

In Friedenszeiten spielt er sich groß auf, hänselt die Instinkte und prahlt, auf statistischer Grundlage, mit kommenden Siegen. Noch so viel Niederlagen müsse, beweist er sich, doch endlich die Serie der Triumphe kommen! Da er müde und verbraucht ist und nie ein Riese war, schläft er viel und fest. Man muß „Feuer" rufen, um ihn zu wecken, und wenn schon alle Sturmglocken läuten, fragt er noch schlaff und faul: „Muß ich? Bin ich unentbehrlich?"

Das sind drei nichtsnutzige Dinge: mein Browning, meine Geliebte, mein Wille.

Aber ich glaube, wenn sie einmal im richtigen Augenblick zusammentrüfen, könnte es doch ein guter Feiertag werden!

Tagung der Strafanstaltsbeamten.

Der Bezirksverein Schlesien des Bundes der Gefängnis- und Strafanstaltsbeamten und -Beamtinnen hielt seinen VII. Bezirkstag in Breslau ab, an dem auch als Vertreter der VSPD. Genosse Mache teilnahm. Als Vertreter des Strafvollzugspräsidenten war Justizrat Braeth erschienen, sowie auch Direktor Paupel von der Kletschkauer Strafanstalt und schließlich auch Vertreter befreundeter Organisationen.

Der erste Vorsitzende, Oberwachtmeister Teuber-Liegnitz, sprach seine Freude über den guten Besuch der Tagung aus und knüpfte daran den Wunsch, daß die Strafanstaltsbeamten auch fernerhin so geeint vorwärts marschieren mögen zum Wohle der gesamten Kollegenschaft. Denn die vielen Wünsche, die die Strafanstaltsbeamten noch auf dem Gebiete des Strafvollzugswesens und auch in ihren eigenen wirtschaftlichen Fragen haben, können nur erfüllt werden, wenn die Beamtenschaft geschlossen hinter ihren Führern steht. Von einer solchen Geschlossenheit legte der vor kurzem in Berlin tagende IX. Bundestag ein beredtes Zeugnis ab. Aus allen Teilen Deutschlands und auch in alter Treue aus Danzig waren die Delegierten erschienen, um alle die vielen beruflichen und wirtschaftlichen Fragen zu beraten. Redner gab sodann die einzelnen Anträge bekannt, die auf dem Bundestag angenommen wurden. Von Interesse ist u. a. der Antrag, auf restlose Abschaffung der Gefangenenschreiber, die eine Gefahr bedeuten, sowohl für die Anstalt, als auch für den Beamtenkörper. Ferner wurde entschieden eine Regelung der Dienstzeit für die Kollegen verlangt, die die Außenkommandos überwachen. Auch klagen diese Kollegen besonders über unmenschliche Unterkunftsstellen und völlig unwürdige Deputatverhältnisse. Hier wurde dringend eine Abstellung der Mißstände verlangt. Auch zu dem Beamtenrätegesetz wurde auf dem Bundestag Stellung genommen und in einer Entschließung betont, daß ein Beamtenrätegesetz, in dem nicht das Mitbestimmungsrecht in allen Beamtenfragen verankert ist, für den ADA. unannehmbar sei. Die leidige Bewaffnungsfrage beschäftigte wiederum den Bundestag, und es wurde von der vorgesetzten Behörde erwartet, daß sie endlich sowohl die männlichen, als auch die weiblichen Kollegen mit Einheitsschußwaffen ausrüstet. In einigen Monaten wird die Strafvollzugsreform herauskommen; sollte diese einseitig sein, so wird ein außerordentlicher Bundestag dazu Stellung nehmen. Redner bat die Versammelten, gemeinsam mit den Volksvertretern in den Parlamenten dahin zu wirken, daß das Strafvollzugswesen neuzeitlich ausgebaut und auf verschiedene Vorsteher ein Druck ausgeübt werde, daß sie in der Behandlung der Gefangenen keinen Unterschied machen.

In der Aussprache wurde bedauert, daß bei der Neuregelung der Besoldung wiederum die unteren Gruppen so schlecht gestellt wurden. Entschieden wurde auch dagegen protestiert, daß die Gefangenen vielfach als Lohndrücker auftreten, besonders in der Landwirtschaft.

Im Laufe der Tagung wurden noch eine Menge Berufs- und wirtschaftliche Fragen erledigt und Kollege Teuber schloß die Sitzung mit dem Wunsche, auch fernerhin so fest und treu zusammenzuarbeiten wie bisher.

Kurzarbeiter-Unterstützung für Ehefrauen.

Seitdem die Ruhrbesetzung erfolgte, ist die schlesische Textilindustrie von einer ungeheuren Krise heimgesucht. Restlos bis auf wenige bedeutungslose Einzelfälle reduzierten die Betriebe die Arbeitszeit, zuerst auf fünf Tage, dann vier Tage und zum Schlusse auf drei Tage in der Woche. Eine große Anzahl von Betrieben verkürzte die Arbeitszeit sogar bis auf zwei Tage und mußten außerdem noch zu vorübergehenden Entlassungen schreiten; in einzelnen Fällen wurden Betriebe sogar ganz geschlossen.

Infolge der Kurzarbeit und der dadurch bedingten Mindereinnahme aus Arbeitsverdienst wurde die Lage unerträglich. Der Bezug der Kurzarbeiter-Unterstützung bedeutete nur eine schwache Linderung der Notlage. In den Fällen jedoch, wo Mann und Frau auf Arbeit gingen, um die Existenz der Familie erträglich zu gestalten, wurde der Ehefrau der selbständige Bezug der Kurzarbeiter-Unterstützung bestritten. In den Kreisen der in Betracht kommenden Behörden berief man sich auf irgend eine besondere Verordnung, die in Ergänzung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge ergangen sei, wo dieser selbständige Bezug der Unterstützung durch Ehefrauen verneint worden sei. Beschwerdeführern dagegen ist jedoch niemals diese Verordnung schriftlich vorgelegt worden. Zweifel an dem Bestehen einer derartigen Verordnung waren unsererseits deshalb berechtigt.

Da aber auch Unternehmerkreise diese behördlichen Ansichten stützten, außerdem auch im gleichen Sinne auf das Reichsarbeitsministerium eingewirkt wurde, war eine gegensätzliche Stellungnahme geboten und wurde solche in einer genau begründeten Eingabe an das Ministerium unternommen.

In mehreren persönlichen Verhandlungen zwischen dem preußischen Wohlfahrtsminister und dem Schreiber dieses (Landtagsabgeordneter Lang) mußte sich der Minister den Darlegungen unseres Abgeordneten anschließen und im Verfolg dieser Verhandlungen ist folgende Anweisung gegeben worden:

Abschrift.

Der Preußische Minister
für Volkswohlfahrt.

Berlin, den 8. Juni 1923.

II.

Dem Herrn Regierungspräsidenten
in Breslau

mit dem Bemerken zurückgesandt, daß die Vorschrift des § 9 Abs. 2 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge sich auf Arbeitnehmer schlechthin, also auch auf erwerbstätige Ehefrauen, bezieht. Da die Bedürftigkeit eines Kurzarbeiters nicht nachgeprüft zu werden braucht, kann der verkürzt-arbeitenden Ehefrau eines Kurzarbeiter-Unterstützungsempfängers gleichfalls Kurzarbeiter-Unterstützung gezahlt werden. Bei der Erwerbslosen-Unterstützung liegen die Verhältnisse infolge Prüfung der Bedürftigkeit anders. Der Antragsteller ist sofort in meinem Namen entsprechend zu bescheiden.

Im Auftrage: gez. Kügler.

Durch diese Anweisung ist nunmehr entschieden, daß die kurzarbeitenden Ehefrauen unterstützungsberechtigt sind und ihnen bis jetzt zu Unrecht die Unterstützung vorenthalten wurde.

In allen Betrieben, wo dieses Unrecht geschehen, können diese Ehefrauen erneut die Befriedigung ihrer Ansprüche verlangen und zwar für die Zeit, wo sie kurzarbeiterunterstützungsberechtigt sind resp. waren.

Den Arbeiterräten erwächst die Pflicht, auf die Durchführung dieser ministeriellen Entscheidung zu drängen.

Kommunistische Taktik.

Unter der Frage: „Wo bleiben die Ruhrgelder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes?" wird im kommunistischen Blätterwald erneut Mißtrauen in die Gewerkschaften und besonders in den D. M.-V. hineinzutragen versucht. Kein Mittel ist den Kommunisten zu schlecht, um ihr Ziel der „Eroberung" der Gewerkschaften und damit deren Unterjochung unter die Partei zu erreichen. Die Selbständigkeit der Gewerkschaften wäre dahin, willenlos müßten sich die Arbeiter nach den wechselnden und sich einander widersprechenden Parolen von Moskau und damit nach fremden Bedürfnissen richten. Da die Kommunisten die Geldsammlung des Metallarbeiter-Verbandes bekämpften oder ihr passiven Widerstand entgegensetzten, so fehlt ihnen jedes moralische Recht zu ihrer Frage. Darauf kommt es ihnen ja auch nicht an; vom Gewissen sind ja die Herren Kommunisten nicht beschwert. Sie nützen jede Notlage der Arbeiter, der die Gewerkschaften im geordneten Kampfe zu begegnen versuchen, zum sinnlosen Losschlagen wie im Ruhrrevier aus, um dann hinterher, wenn sich zweideutige Elemente der unruhigen Arbeiterschaft bemächtigen und ihnen die Geschichte zu brenzlich wird, öffentlich von den von ihnen zuerst aufgemunterten Leuten wieder abzurücken. Nicht die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter, sondern parteiegoistische Zwecke werden mit dieser Taktik verfolgt. Genau so ist mit der oben wiedergegebenen Frage ein anderer Zweck, als der, Aufklärung über die Sammelgelder zu erlangen, verbunden. Es handelt sich darum, die im Juli stattfindenden Delegiertenwahlen des Metallarbeiter-Verbandes zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Wenn die Moskauer kommunistische Theorie eine sieghafte und gute Idee verkörpern und alle Not der Arbeiter in absehbarer Zeit beheben würde, so wäre gegen deren Propagierung nichts einzuwenden. So aber sehen wir, daß nicht nur im Mutterlande des Bolschewismus Not und Elend ständiger Gast bei den Arbeitern ist, und daß insbesondere die Taktik der deutschen Kommunisten ins Dunkle führt, die falschen Triebe im Menschen weckt und damit unentrinnbar zum Untergang der Arbeiterbewegung führt, wenn diesem Treiben nicht entschieden von allen guten Kräften der Arbeiterbewegung entgegengewirkt wird. Der Faszismus zum Beispiel gedeiht nur auf dem von den Kommunisten vorbereiteten Boden.

Ueber die Geldsammlung des Metallarbeiter-Verbandes ist nach der Metallarbeiter-Zeitung vom 9. Juni im Erweiterten Beirat berichtet worden. Danach wurden insgesamt 261 757 584 Mark gesammelt, von denen 153 602 156 Mark an die Hauptkasse, 50 141 027 Mark an die Ortsausschüsse des ADGB. und 21 190 300 Mark anderen Körperschaften zugeführt wurden. Der Rest des Geldes befindet sich noch in den Verwaltungsstellen. Ein Teil der an die Hauptkasse eingesandten Gelder ist zur Unterstützung arbeitsloser und in Not befindlicher Mitglieder verwendet worden. Der größere Teil des Geldes steht noch zur Verfügung. Der Bericht bemerkt, daß „selbstverständlich über die Gesamtverwendung genaue Rechenschaft abgelegt wird". Damit dürfte das von den Kommunisten geplante Manöver fehlschlagen. Wenn die Kommunisten nur auch so genau Rechenschaft über ihnen von den deutschen Arbeitern zugeflossene Gelder ablegen würden, dann wäre es schon wesentlich besser um die Sache der deutschen Arbeiter bestellt. Man hat aber noch nichts Näheres über die Geldsammlung und Verwendung für den wilden Betriebsrätekongreß und für die Anilinarbeiter gehört. An die Arbeiter und Parteigenossen richten wir die Mahnung, auf dem Damm zu sein und für ihre Gewerkschaften und die Erhaltung ihrer Selbständigkeit unter allen Umständen und zu jeder Zeit mannhaft und entschieden einzutreten.

Aus aller Welt.

Verhaftung jugendlicher Scheckfälscher.

Ein bei einer Bank in Köln beschäftigt gewesener 19jähriger Banklehrling verstand es, durch raffinierte Fälschungen sich in den Besitz von neunzig Millionen Mark zu setzen. Zwei seiner Freunde lösten die Schecks meist bei auswärtigen Banken ein. Von dem erschwindelten Gelde wurden große Festgelage abgehalten. Die Täter wurden jetzt in Berchtesgaden ermittelt und verhaftet. Vier Fünftel des veruntreuten Betrages konnten der Bank zurückerstattet werden.

Sprung aus dem Flugzeug.

Auf dem Schleißheimer Flugplatz fand am Sonntag die erste große öffentliche Vorführung des neuen Fallschirms, System Steltner-Bäumler, statt. Tausende von Zuschauern waren aus München herbeigeeilt, um den kühnen Sprung aus dem Flugzeug mitanzusehen. Zuerst stieg Bäumler auf und sprang aus einer Höhe von 800 Metern ab, hernach wiederholte dasselbe Experiment Gerst; beide Male funktionierte der Fallschirm glänzend, wenn auch der Absturz in beiden Fällen infolge der Windverhältnisse, durch die die Fallschirme über Bäume und Telephondrähte getrieben wurden, nicht ohne aufregende Momente war.

Ein teures Schäferstündchen.

Ein in Berlin wohnender Amerikaner lernte eine junge „Dame" kennen, die er mit auf sein Zimmer nahm. Während er schlief, machte sie sich heimlich davon, nahm aber „zum Andenken" ein goldenes Kettenarmband, eine goldene Damenuhr, einen silbernen Bleistifthalter, die gefüllte Brieftasche mit Dollarnoten und Schecks im Gesamtwert von 16 Millionen Mark mit.

Rund um die Erde in einem Boot.

Eine Fahrt um die Welt hat der Engländer Connor O'Brien in einem nach seinen Angaben erbauten, 45 Fuß langen Segelschiff angetreten, dem er den Namen „Saoirse" gegeben hat. Die ganze Bemannung des Schiffes besteht aus einem Freunde und dem früheren Offizier eines Kauffahrteischiffes. Zunächst werden die Weltumsegler nach Neuseeland durch die Magellanstraße fahren und wollen bei ihrer Weltreise alle möglichen unbekannten Winkel der Weltmeere aufsuchen.

Familien-Anzeigen

Am 20. Juni verstarb nach kurzem Leiden die Frau unseres Kollegen **Ernst Spieler**

Frau Pauline Spieler

im Alter von 29 Jahren. 786

Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren

Die Mitglieder der Begräbniskasse der Schmiede der Linke-Hofmann-Lauchhammer Werke (Abt. III) Hammerschmiede.

Beerdigung: Sonnabend, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes Pohlanowitz.

Am 20. Juni starb die Frau des Kollegen **Ernst Spieler**

Pauline Spieler

geb. Kellner.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr 731

Die Mitglieder der Unterstützungskasse der Kesselschmiede L.-H.-L. Werke Breslau.

Beerdigung: Sonnabend, den 23. Juni, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle Pohlanowitzer Friedhof.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Am 19. Juni verstarb unser Freund und Verbandskollege, der **Tischler** 1231

Robert Hirte

im Alter von 57 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Sonnabend, den 23. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle der freireligiösen Gemeinde, Bunzlauer Straße.

Am 20. Juni verschied unser Mitglied, die Ehefrau

Elfriede Oeser

im Alter von 29 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Der Sozialdemokratische Verein Breslau

Beerdigung: Sonnabend, den 23. Juni, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Elbingstraße 15.

1245 **Distrikt 15.**

Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Unerwartet verschied am 18. Juni unser langjähriger Revisor des Bezirks, Genosse

Richard Puschmann.

Ein Mann, der in unermüdlicher Pflichterfüllung durch Jahrzehnte der Partei gelebt hat, ist mit ihm dahingegangen.

Ein ehrendes Andenken über das Grab hinaus ist ihm gesichert.

1240 **Der Bezirksvorstand.**

Der Gaspreis

wird infolge Kohlenpreiserhöhung und Lohnsteigerung vom 16. Juni 1923 ab auf 1425 Mk. für das Kubikmeter erhöht. Münzgasmeßmarken werden zu diesem Preise vom 22. Juni ab abgegeben.

Städtische Betriebsdeputation. 1241

Die Zeitbücher

sind eine Sammlung Novellen, Skizzen, Essays und Lebensbilder aus der Feder moderner Autoren, wie: Emil Gött, W. v. Scholz, Carl Bulcke, Ernst Zahn, A. Schubert, Anton Fendrich, Anton Wildgans, Hermann Hesse, Kurt Morek, Paul Enderling u. a. m.

Jedes der hübsch gebundenen Bändchen kostet

nur 1000 Mark.

In reicher Auswahl vorrätig in der

Volkswacht-Buchhandlung

Neue Graupenstraße Nr. 5.

Bandwurm u. Würmer, woran fast die halbe Menschheit leidet, entfernt schnell und sicher o. Berufsstörung u. Hungerkur **Wurm-Rose, Hamburg 11 a, 332.** Spezialist geg. Würm. Verl. Sie Auck. geg. Mk. 300 in Kass.

Achtung!

Wiederverkäufer

kaufen billig und gut

Oberschalseife

Kernseife 721

Seifenpulver

Toiletteseife

Rother & Co.

Wallstraße 27, II.

Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen!

Achtung! 756

Herren- Kostüm- Mantel- Stoffe

weit unter Tagespreis.

Ernststr. 9, hochptr. rechts

1 Minute vom Hauptbahnhof.

9—12 und 2—6 Uhr.

Vorschriftsmäßige

Mietsbücher

mit Rubriken unter besonderer Berücksichtigung aller unter das Reichs-Mietengesetz fallenden Abgaben.

Preis 150 Mk.

Zu haben in der Expedition der Volkswacht, Flurstraße 4, in der Buchhandlung der Volkswacht, Neue Graupenstraße 5, und bei allen Vertrauensleuten der Volksfürsorge.

Kleine Anzeigen

sind kompreß gesetzte einsp. Anzeig. v. Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Jedes Wort 10 M., fett 15 M.

Anzüge verkauft noch preiswert Frost, Bunzlauerstr. 9, hpt.

Sportwagen zu verkaufen Berlinerstraße 69, Hth. 4, r.

Herren- und Damenrad, wie neu, verkauft an Privat Schwitalla, Posenerstr. 69, II.

Arbeitsmarkt

Geübter **Blechspanner**

bei hohem Lohn sofort gesucht.

Ostdeutsche Maschinenbau-Anstalt

Landsberg a. W.

(Brückenvorstadt).

Maurer gesucht

für Neubau Neue Taschenstr. 21. 778

Baugeschäft Karl Arlt, Klosterstr. 62.

Ich suche für meine Abteilung Automobilbau

1 tüchtigen Bohrwerksdreher, einige perfekte Dreher, sowie einen jüngeren Zeichner.

Meldungen bei **Arthur Träger** 1232

Freiburg i. Schles., Schweidnitzer Straße 17.

Zeitungsträgerinnen

für Gr. Groschengasse, Altbüßerstraße

Wochenlohn 12 600 Mark

sofort gesucht.

Expedition der „Volkswacht", Flurstr. 4/6.

Zuschneiderinnen

für Damenwäsche, auch aus der Engros-Branche, werden zum baldigen Antritt in Dauerstellung gesucht. 1239

Leinenhaus Weischnowsky

Nikolaistraße 73.

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Mustorschutz E Ohne Gewähr

Reserviert für
Gebr. Wolff jr., Likörfabrik

Kaiser - Lichtspiele
Neue Schweidnitzer Straße 19

Mäßige Preise

Ständige Vorführung erstklass. Programme
mit Ia Musikbegleitung

S. Beyer Nachf.
Ohlauer Straße 60/61

Gegründet 1892

Spezial-Geschäft für
Glas · Porzellan · Haus- und
Wirtschaftsartikel

Gebr. Lange
Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik
Breslau 10
Telephon: Ring 2440, Ohle 1795
Hauptgeschäft: Moltkestraße 1a
Filialen: Bohrauer Straße 45b, Oderstraße 16.

A. Grätzer & Co.
Größtes Spezialhaus für elegante Damenhüte

Kaufhaus Rudolf Renner
Friedrich-Wilhelm-Straße 76
Haus- und Küchengeräte, Spielwaren, Trikotagen- Weiß- und Wollwaren, Posamentierwaren und Schneiderartikel

Max Stein
Friedrich-Wilhelm-Straße 58
Manufakturwaren
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer

H. Herzmann
Linie 6 Friedrich-Wilhelm-Straße 61 Linie 6
Billigste Bezugsquelle für
Tuche * Buckskins * Kammgarne

Strumpfner & Wohl
BRESLAU I
Am Rathaus 11/12 Fernsprecher: Ring 3969

Fabrik für Herren- und Knabenbekleidung

Dübelwerke G. m. b. H.
Fabrikabteilung Breslau 8
Ofener Straße 71

Verkauf von Brennholz

Breslauer Bank E. G. m. b. H.
Am Rathaus 11/12
Telephon Ring 1592 - Reichsbank-Girokonto

Hermann Schönberg
Sport und Mode
Breslau, Schweidnitzerstr. 21

Steingutwerke A.-G.
Breslau
Verkauf nur an Wiederverkäufer

Eduard Langer & Co.
Kunstwollfabrik Lilienthal
Einkauf von alten und neuen Tuchabfällen
Telephon Ring Nr. 9156 **Breslau, Rosenstraße 25** Telephon Ohle Nr. 1533

Stoffe Mandowsky & Schüftan Stoffe
Ohlauer Straße 48 a. d. Neuen Gasse — Matthiasstraße 14 Ecke Schrotgasse

Abfahrt der Züge nach Richtung Oels.

Breslau Haupt-Bahnhof ab	W4^{37}	5^{20}	6^{08}	9^{52}	x12^{40}	W1^{12}	—	2^{48}	—	5^{28}	—	6^{18}	*x8^{01}	9^{24}	11^{05}
Breslau Odertor-Bahnh. ab	W4^{50}	5^{34}	6^{25}	10^{09}	x12^{57}	W1^{25}	S 2^{33}	3^{03}	5^{16}	5^{39}	6^{22}	6^{37}	*x8^{15}	9^{25}	11^{20}
	nach Oels	nach Trebnitz	nach Obisfelde	nach Gelsenkirchen	nach Kattowitz	nach Glogau	nach Hundsfeld	nach Oels	nach Obisfelde	nach Mittwitz-Sommerfeld	nach Trebnitz	nach Oels	nach Kattowitz	nach Trebnitz	nach Krautz

Ankunft der Züge von Richtung Oels.

Breslau Odertor-Bahnh. an	5^{23}	7^{02}	*x7^{57}	8^{34}	9^{49}	11^{10}	2^{08}	W2^{45}	†5^{14}	5^{31}	§7^{37}	8^{21}	§10^{20}	11^{12}	11^{52}
Breslau Haupt-Bahnhof an	5^{40}	7^{17}	*x8^{10}	8^{50}	10^{08}	12^{07}	2^{22}	W3^{00}	—	5^{50}	8^{11}	8^{38}	—	12^{09}	12^{09}

W = Werktags. x fallen bis auf weiteres aus. † Sonnabends. § Sonnabends u. Sonntags.

Abfahrt der Züge von Breslau-Odertor nach Trebnitz.

6^{45}	S 7^{25}	11^{43}	S 12^{37}	W 1^{25} nach Hundsfeld	6^{45}	11^{30}

Ankunft der Züge in Breslau-Odertor von Trebnitz.

6^{30}	9^{05}	1^{30}	W 2^{10} von Hundsfeld	S 8^{55}	S 9^{26}	9^{42}

Richtung Laskowitz—Beckern über Schottwitz.

8^{15}	2^{05}	7^{25} (ab Hbf. 9^{00})	Abfahrt Breslau Odertor-Bahnhof	Ankunft	7^{20}	5^{42}	10^{43} (an Hbf. 11^{00})

Pfeffermann & Schwarz
Junkernstraße Nr. 13 :: BRESBAU I :: Telephon: Ohle 5582
Eigene Ausrüstung :: Webwaren-Großhandlung :: Gegründet 1882

Ostdeutsche Möbelwerke G. m. b. H.
BRESLAU I
Junkernstraße Nr. 38/40 - Telephon Ring 4154-57

Ostdeutsche Schuhhandelsgesellschaft m. b. H.
R. Wittenberg
Schuhgroßhandlung
Berlin, Prenzlauer Straße 14/15 — Telephon: Alexander Nr. 4890
Breslau, Junkernstraße 38/40 — Telephon: Amt Ring 4154—4157

Bankhaus Hermann Loewy
Schloßstraße 3 :: Fernsprecher Ring 7687-89
Reichsbank-Girokonto :: Postscheckkonto Breslau 240

Georg Neumann & Co.
Neue Graupenstr. 11 : Breslau 3 : Telephon Ring 9971
Arbeiterkleider-Fabrik
Spezialität: Arbeiterhosen

Reserviert für Petracks Nachf.

Hoffmann & Co., G. m. b. H.
Matthiasstraße Nr. 38 - Fernsprecher Ohle 1327
Krawattenfabrik

Kaufhaus Liebichshöhe, Taschenstr. 13/15
Strumpfwaren, Trikotagen, Herrenartikel :: Stets sehr preiswerte Angebote

Alfred Sander
Berliner Straße 63 : Breslau 3 : Tel.: Ring 9201
Schuhgroßhandlung

Werkzeuge Landwirtschaftliche Geräte — **Hch. Fiebiger** Gegründet 1877 — Eisenwaren Haus- und Küchengeräte
Neue Schweidnitzer Straße Nr. 4 * Fernsprecher Ohle 5306 und 5307

Aug. Schneider, Wurstfabrik
Fabrik und Kontor
Westendstr. 68
Tel.: Ring 2315
Schneider's
Wurst- u. Fleischwaren sowie Delikateß-Dosen-Würstchen
liefern allen Wiederverkäufern vorteilhafteste Bezugsquelle

Alfred Pospischil
Holzgroßhandlung
Kaiser-Wilhelmstraße 92 · Tel.: Ring 9614

Reserviert für Steier & Co.

Für die Wäsche nur die beste Qualität
und das ist
Ruba Seife
Ruba Werke Rudolph Ballhorn
Seifen- und Parfümerienfabrik G. m. b. H.
3 Verkaufsstellen am Platze

Friedrich Paesler
Moltkestr. 15 : Breslau 10 : Tel. Ohle 1514
Spezialgeschäft
für Werkzeuge, Stahl-, Eisen- u. Kurzwaren
Haus- und Küchengeräte

S. & S. Schuhkamp
Schuhgroßhandlung
Neu eröffnet. Neu eröffnet.
Spezialität:
Eigene Handarbeit von selbstgefertigten Schaftstiefeln, Gruben- u. Arbeitsschuhen

Anders & Hamann
Frankfurter Str. 46 BRESLAU Fernspr.: Ohle 9561
Sämtliche Berufs- und Arbeiter-Bekleidung

Hermann Kary & Co.
Nikolaistraße 16/17 BRESLAU I Fernspr.: R. 7980
Strumpfwaren * Trikotagen
Handschuhe * Webwaren

Gebrüder Markus G. m. b. H.
Abteilung I: Königstraße 11.
Trikotagen — Strumpf- u. Wollwaren
Abteilung II: Karlstraße 1
Baumwollwaren — Textilwaren

J. S. Friedmann
Herrenstraße 16
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren-Großhandel

Reserviert

Café Fahrig, Zwingerplatz

Feig & Schürlan Baumwollwaren, Kleiderstoffe en gros Karlstr. 28 en gros

Franz Schubert
Büttnerstraße 3, ptr.
en gros Wollwaren en gros

Robert Füllborn Nachf.
Altbüßerstraße 12
Fenster- und Türbeschläge :: Eisenwaren

Philipp Katz
Herrenkleiderfabrik
Breslau I Nikolaistr. 10/11